Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krod, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, den 16. März 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 63

Der letzte – der wuchtigste Schlag!

Ihr Säumigen, nur noch heut und morgen Zeit!

Wie zu erwarten war, haben in den letzten Tagen die Arbeiterbataillone die Versäumnisse der ersten Tage, an denen sich zumeist der Mittelstand an den Eintragungen für das Volksbegehren beteiligt hat, nachgeholt. Die meisten Orte melden bereits **ein Uebersteigen der bisherigen SPD.- und KPD.-Stimmen um ein Beträchtliches.** So hat z. B. Halle gestern 41 000 Eintragungen erreicht. Das sind bereits **über 3000 mehr Stimmen, als SPD.- und KPD. zusammen in Halle bei den verflossenen Wahlen aufgebracht haben.**

Auch in allen übrigen Städten scheint der gestrige Montag noch beträchtliche Zahlen von Eintragungen gebracht zu haben, so daß augenblicklich sich **die Gesamtzahl im Reich der zehnten Million nähert.**

Aber auch mit diesen Erfolgen in den letzten Tagen dürfen wir uns noch nicht zufrieden geben. Wenn es unzählige, besonders kleinere ländliche Orte gibt, wo Eintragungen **bis zu 80 und 90 Prozent aller Wahlberechtigten zu verzeichnen** sind, so muß es durchweg möglich sein, **erst recht in allen größeren Städten mindestens 50 Prozent aller Stimmberechtigten zu überschreiten.**

Darum gilt für den heutigen Dienstag und für den morgigen Mittwoch, dem letzten Tag des Volksbegehrens, die Parole der allerletzten und äußersten Kraftanstrengung, um nun auch wirklich **die immer nach Säumigen aus der Arbeiterklasse restlos in die Einzeichnungslokale zu bringen.** Das Volksbegehren muß mit einem so gewaltigen Erfolge abschließen, daß die allergünstigsten Vorbedingungen zu dem zweiten und schwereren Waffengang, nämlich zum Volksentscheid, gegeben sind. Letzter Mahnruf an alle Säumigen:

Deine Stimme fehlt noch, sofort einzeichnen!

Sparer und Rentner, auf zum Volksbegehren!

Der Tag der **Vergeltung** ist gekommen! Noch einmal ist eine Waffe in Eure Hand gegeben, Euer trauriges Los um ein Geringes zu bessern und den geschändeten Rechtsgedanken wieder zur Geltung zu bringen. **„Gleiches Recht für alle"** verbürgt Euch die Verfassung des sogenannten deutschen Rechtsstaats. Darum erhalten die treuesten Staatsbürger, die — Hindenburg als „schönstes Geburtstagsgeschenk" — Kriegsanleihe gezeichnet haben, durch das Hindenburg-Gesetz 2½ Prozent „Aufwertung", darum darben Invaliden der Arbeit und des Krieges bei Verpflegungssätzen von Polizeihunden, während

Hunderte von Millionen in die Hände einiger Dutzend Fürsten, Mätressen und Standesherren

übergehen sollen, die wahrlich von den Schrecknissen und Entbehrungen des Völkermordens nicht am härtesten betroffen sind.

Alles, was diese Edlen beanspruchen, ist ihnen zugefallen auf Grund von Rechtsvorschriften, die einer anderen Gesellschaftsordnung angepaßt waren und mit der Aenderung der Staatsform ihre Berechtigung verloren haben. Wer wagt hier von „Enteignung" oder gar von „Diebstahl" (!), ja von „Raub" (!!) zu sprechen, wenn

„Das Volk begehrt, was ihm gebührt?"

Das waren ausgerechnet diejenigen Parteien, die das **Recht der sparsamen und arbeitenden Bevölkerung mit Füßen getreten** und die große Masse des Volkes zugunsten des Großkapitals enteignet haben. Sie, die sich so schwer am Rechtsbewußtsein des Volkes versündigt haben, spielen sich heute als die berufenen Hüter der Rechtsordnung auf und stellen sich schützend vor die vermeintlichen Rechtsansprüche der Fürsten — fürwahr ein Schauspiel von eigenem Reiz! Und mit welchen Mitteln versuchen diese Parteien, die sich plötzlich auf die „Heiligkeit des Rechts" (Marke Osterbotschaft) besinnen, das sich aufbäumende gesunde Rechtsempfinden des Volkes zu mißleiten? Da heißt es: Die Einziehung der Fürstenvermögen sei der erste Schritt auf der Bahn der allgemeinen Enteignung des Privatbesitzes. Welch trugvoller Hohn!

Haben nicht den ersten Schritt auf dieser Bahn die angeblich bürgerlichen — in Wahrheit großkapitalistischen — Parteien, an der Spitze die sogenannte Deutschnationale Volkspartei, getan, als sie das ehrlich erarbeitete Sparkapital durch den unerhörten Rechtsbruch der Aufwertungsgesetzgebung abdrosselten?

Widerliche Heuchelei verbirgt sich unter der Maske der Gerechtigkeit. Nicht Mannentreue zum angestammten Herrscherhaus ist es, die diese Kämpen des Rechts auf den Plan ruft, sondern die

schlotternde Angst um den eigenen Geldsack,

die Schloßbarone und Krautjunker erfüllt. Sie fürchten, daß nach den Fürsten die Reihe an sie kommt ... Götzendämmerung?!

„Auftakt zur zweiten Revolution!" Mit diesem Schlagwort sollen die betrogenen Massen der Sparer und Rentner abermals vor den Wagen des Großkapitals gespannt werden.

Sparer und Rentner, für Euch hat eine zweite Revolution keine Schrecken!

Mögen die Fürstenparteien die Früchte ihrer Aufwertungssaat ernten!

Sparer und Rentner, macht auf, macht Euch nicht abermals zum Gespött der Welt, wie am 7. Dezember 1924, als Ihr auf Geheiß verblendeter Führer Eure nationalkapitalistischen Henker wähltet.

Rechnet ab mit denen, die sich in schamloser Weise **wider alles Recht an Euch bereicherten** und nun als Streitgenossen der Fürsten um ihre unrechtmäßigen Gewinne zittern!

Sparer und Rentner, führt zum ersten Male kraftvoll und bewußt den Dolchstoß gegen das falsche Recht:

Wahrt Eure Würde im Volksbegehr!

Kultur- und Rechtsstaats-Partei
(Ehem. Aufwertungs- und Aufbau-Partei.)

*

Wir haben den vorstehenden Aufruf der Aufbau- und Rechtsstaatspartei, der uns von dem Rechtsanwalt Wüst, Halle, dem Führer dieser Partei, zugesandt wurde, ohne jede Aenderung abgedruckt. Wir möchten aber nicht versäumen, an dieser Stelle besonders zu betonen, daß die Feststellungen des Aufrufes, daß die großkapitalistischen Parteien bis heute die Mittelständler, und insbesondere die kleinen Sparer und Rentner, betrogen und sie nur ausgenutzt haben für die kapitalistischen Interessen der Krautjunker und Schlotbarone, ihre **bestimmten Konsequenzen haben, die gezogen werden müssen, wenn nicht die richtigen Feststellungen des Aufrufes zwecklos bleiben sollen.**

Die breiten Schichten der Mittelständler, die vielen, von den Deutschnationalen betrogenen Sparer und Rentner, sie müssen jetzt erkennen, daß gewisse völkische Manieren selbst des Herrn Rechtsanwalts Wüst, die manchmal stark ins Faschistische hinüberspielen, ja doch gerade jene Hilfsmittel sind, die von den großkapitalistischen Parteien benutzt werden, um **durch einen falschen Patriotismus immer wieder die Mittelständler vor den Karren der Großbourgeoisie zu spannen.**

Die logische Folge des oben wiedergegebenen Aufrufes kann nur die sein, daß alle die betrogenen Sparer und Rentner, alle die Kleingewerbetreibenden, die kleinen Bauern, die unteren Beamtenschichten usw., daß sie alle **der bürgerlichen Presse und den bürgerlichen Parteien den Laufpaß geben** und jetzt noch mehr als bisher **den Anschluß an die proletarische Front der Arbeitermassen suchen.** Die siegreiche proletarische Klassenfront allein wird auch das Los der ins Proletariat hinabgeschleuderten Mittelständler lindern können.

Rot Front!

Mobilisiert die letzten roten Millionen gegen den Milliardenraub der Fürsten!

Kameraden!

Nur noch zwei Tage trennen uns vom 17. März. In diesen Tagen müssen die Anstrengungen für den Sieg des Volksbegehrens verdoppelt werden. Auch die Fürstenknechte benutzen die letzten Tage, um ihre Sabotage zu verstärken und breite Massen der Bevölkerung von der Einzeichnung fernzuhalten. Selbst vor Rechtsbeugungen, wie Beschlagnahme der Propagandaliteratur, schrecken die Lakaien der Fürsten nicht zurück, um die Agitation für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten zu erschweren.

Die roten Frontkämpfer, Soldaten der roten Klassenfront, haben nach übereinstimmenden Berichten aus dem Reich vorbildliche Arbeit in diesem Kampfe geleistet. In sehr vielen Orten Deutschlands haben Kommunisten mit Sozialdemokraten, rote Frontkämpfer mit Reichsbannerkameraden in gemeinsamen Demonstrationen, in gemeinsamer Hauspropaganda die Massen für die Einzeichnung mobilisiert.

Mit der Aufforderung der Bundesleitung an die roten Frontkämpfer, durch verdoppelte Anstrengung in den letzten Tagen die letzten roten Millionen zu mobilisieren, appellieren wir gleichzeitig an die proletarischen Kameraden im Reichsbanner, Schulter an Schulter mit den Kameraden der roten Klassenfront, gemeinsam für die gemeinsame Sache auch den letzten Säumigen für die Einzeichnung heranzuholen.

Die Millionen am 17. März müssen allen Reaktionären Beweis dafür sein, daß an der Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse alle monarchistischen, reaktionären Angriffe zerschellen werden.

Mit Rot Front!

Bundesleitung des RFB.
Thälmann. Leow. Olbrisch.

Nach den jetzt vorliegenden Meldungen müssen wir ernsthaft die Befürchtung aussprechen, daß der Prolet unsern schönen Apparat „Haut den Lukas" vollkommen in Trümmern schlagen wird. Gestern wurde in Halle wiederum ein so gewaltiger Schlag geführt, daß

41 000 Einzeichnungen bereits überschritten

sind. Damit beteiligten sich also jetzt schon 3000 Personen mehr am Volksbegehren, als bei der Reichspräsidentenwahl an KPD.- und SPD.-Stimmen aufgebracht wurden.

Die hallische „Allgemeine Zeitung" hat auf ihr gestriges höhnisches Gestammel über die angeblichen Enttäuschungen beim Volksbegehren die richtige Antwort erhalten.

Wir haben jedoch keine Angst, wenn unser „Haut den Lukas" bei den kräftigen Streichen der Arbeiterschaft kaputt geht. Obwohl nur noch ein Tag für die Einzeichnung zur Verfügung steht, ist zur Vorsicht schon ein neuer „Haut den Lukas" in Auftrag gegeben, wir hoffen, daß wir ihn noch in Tätigkeit setzen können.

Arbeiter, holt noch einmal kräftig aus! Mindestens 50 000 müssen voll werden!

Rot Front zum letzten Meisterschlag!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260316-17/fragment/page=0001

Festigt die Front!

Von P. R. Dietrich

Mit den bisher vorliegenden schätzungsweise auf 8 Millionen berechneten Stimmen für das Volksbegehren **ist die gesetzlich vorgeschriebene Ziffer von 4 Millionen bereits um das Doppelte überschritten.** Der zweite Sonntag hat die Erwartungen erfüllt, die wir auf ihn gesetzt haben. Aus allen Teilen des Reiches wird eine starke Beteiligung gemeldet, besonders aus Süddeutschland. Die bisherigen Ergebnisse aus Bayern, aus Städten wie München und Nürnberg, wie auch aus den bayrischen Landgebieten, zeigen einen unerwarteten Aufstieg. Dasselbe trifft für Baden, Württemberg, wie auch für Mecklenburg und die ostelbischen Gebiete zu, wo die Landbundorganisationen mit schwarzen Listen und mit Hilfe der Geistlichkeit einen erbitterten Kampf gegen das Volksbegehren führen.

Zu der bisher selbst von der bürgerlichen Presse zugegebenen 8-Millionen-Ziffer können und müssen in den letzten zwei Tagen **noch Millionen hinzukommen,** wenn jeder seine Pflicht bis zur letzten Stunde erfüllt. Es ist eine unleugbare Tatsache, daß **die Partei bisher ausschließlich Träger der Propaganda gewesen ist.** Die sozialdemokratischen Parteiinstanzen haben sich mit einigen Aufrufen begnügt. Kleinarbeit — in der in erster Linie der Erfolg liegt, ist von den sozialdemokratischen Parteiorganisationen nur in wenigen Einzelfällen geleistet worden. Um so mehr anerkennen wir, daß **sozialdemokratische Arbeiter, Reichsbannerkameraden** sich auch ohne **Anweisung der sozialdemokratischen Parteileitung an der Kleinarbeit beteiligt** haben und offen die Inaktivität der sozialdemokratischen Instanzen verurteilten.

Ueberprüfen wir die bisher vorliegenden Ergebnisse, so muß festgestellt werden, **daß die Beteiligung an der Einzeichnung relativ am stärksten auf dem Lande ist.** Die Beispiele, die schon in den ersten Tagen aus Thüringen gemeldet wurden, wonach sich in vielen Landgemeinden 60 bis 80 Prozent wahlberechtigter Einwohner in die Listen eingezeichnet hatten, haben sich verhundertfacht. Insbesondere liegen solche Nachrichten außer aus Thüringen, aus Hessen, Baden, Rheinland, Sachsen, teilweise auch aus bayrischen und mecklenburgischen Landorten vor. Diese Ergebnisse gewinnen um so mehr an Bedeutung, weil einerseits gerade auf dem Lande die Gegenaktion der monarchistischen Reaktion mit den skrupellosesten Mitteln betrieben wurde, andererseits die Aufklärungsarbeit der kommunistischen Partei mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden war.

Als ein weiteres wichtiges Ergebnis der Kampagne kann schon jetzt eine **starke Politisierung breiter proletarischer und kleinbürgerlicher Schichten** festgestellt werden. Tausende konnten sich nicht in die Listen eintragen, weil sie nicht in den Wählerlisten aufgeführt waren, da sie sich seit Jahren an keinen Wahlen beteiligt hatten. Eine Erscheinung, die insbesondere in den großen Städten festgestellt werden konnte. Hinzu kommt eine **starke Radikalisierung der Beamten und Mittelschichten,** die in einer prozentual sehr starken Beteiligung dieser Schichten am Volksbegehren zum Ausdruck kommt. Besonders in Berlin zeichneten sich am letzten Sonntag Tausende von Beamten und Angehörigen des Mittelstandes ein. Die Ursache der starken Beteiligung dieser Schichten ist in erster Linie sozialer Natur. Es ist die ungeheure Notlage dieser Schichten, die sie in die Kampffront gegen den Fürstenraub treibt.

Diese Erscheinungen haben zu einer völligen **Zersetzung im Lager der bürgerlichen Parteien** geführt, die teilweise bereits den Charakter der offenen Rebellion großer Teile der Mitgliedschaft, wie auch eines Teiles der Parteiführer gegen die Parteileitungen angenommen hat. Das trifft insbesondere auf die Demokratische Partei und auf das Zentrum zu. Im demokratischen Lager haben entgegen dem Beschluß des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion wichtige Organisationen wie Hamburg, Frankfurt a. M., Wiesbaden u. a. Beschlüsse für Teilnahme am Volksbegehren gefaßt. Tausende von Zentrumsarbeitern und Bauern haben sich trotz des Beschlusses der Parteileitung des Zentrums und starker Gegenpropaganda des katholischen Klerus für das Volksbegehren eingetragen. Noch entscheidender aber ist, daß selbst die Bevölkerungsschichten, die bisher den Hauptstützpunkt der monarchistischen Reaktion bildeten, vor die Entscheidung gestellt, sich gegen den Fürstenraubzug und damit zugleich gegen die monarchistische Reaktion entschieden haben. Die starke Beteiligung der Landbevölkerung, der Kleinsparer und Aufwertungsinteressenten, d. h. der Bevölkerungskreise, die Hindenburgs Wahl herbeiführten, hat zu einem **starken Prestigeverlust der monarchistischen Parteien,** insbesondere der Deutschnationalen geführt. Diese Tatsache wird am besten durch die reaktionäre Presse bestätigt, die geflissentlich die bisherigen Ergebnisse des Volksbegehrens totzuschweigen versucht.

Diese Tatsachen, die in ihrer Gesamtheit **eine schwere Niederlage der monarchistischen Reaktion** und damit auch der Luther-Regierung darstellen, steht gegenüber **eine allgemeine Aktivisierung der Arbeiterklasse.** Die elementare Massenbewegung, geführt von der KPD., hat dazu beigetragen, die pessimistischen Strömungen, die große Teile der Arbeiterschaft beherrschten, zu überwinden. Die politische Führung der Kampagne durch die Kommunistische Partei **hat dazu geführt, daß große Teile der deutschen Arbeiterschaft wieder in lebendige Berührung mit den politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen gekommen** sind. Zum erstenmal war es möglich, das Millionenheer der Arbeitslosen mit den Arbeitern in den Betrieben in einer einheitlichen politischen Kampagne zusammenzufassen. Trotz aller Sabotageversuche der sozialdemokratischen Parteiführer zerbrachen unter dem durch die KPD. organisierten Druck der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die starren Schranken, die von der SPD. zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern aufgerichtet worden sind. **Einheitskomitees entstanden,** in denen nicht nur kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter, sondern auch Bauern und Mittelständler die politischen und organisatorischen Fragen des Volksbegehrens und darüber hinaus bereits die mit dem Fürstenraubzug unmittelbar in Verbindung stehenden politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen diskutierten. Dort, wo die Bildung von Einheitskomitees durch die Gegenaktion der SPD.-Führer verhindert wurde, wurde die Diskussion zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern in der sachlichsten Form durchgeführt. Die sozialdemokratischen Arbeiter erkannten im Verlauf der Kampagne immer stärker **die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens,** nicht nur in der Frage des Kampfes gegen den Fürstenraubzug, sondern auch in allen anderen, die proletarischen Interessen berührenden Fragen. **Die Einheitsfront der werktätigen Massen beginnt sich in diesem Kampfe zu formieren, trotz der Sabotage der SPD.-Führung.**

Die Kommunistische Partei hat jetzt die Aufgabe, diese Erscheinungen sowohl im Lager der bürgerlichen Parteien, wie im Lager der Arbeiterklasse **im positiven Sinne auszuwerten.** Die teilweisen stimmungsgemäßen Erfolge, die Tatsache, daß große Schichten des Mittelstandes, der Intellektuellen, der Kleingewerbetreibenden, der Beamten, Angestellten, der werktätigen Bauern, sich für die Kampflosung der KPD. entschieden haben, müssen realisiert werden, d. h., die Partei muß alle Kräfte anspannen, um in ständige Verbindung mit diesen Schichten zu kommen. Die sich im Kampfe gegen den Fürstenraubzug herausgebildete Front der Werktätigen muß gefestigt und ausgebaut werden. Den heute noch schwankenden Schichten, die sich zwar von ihrer bisherigen politischen Führung losgesagt, aber vor dem Bündnis mit der Arbeiterklasse noch zurückschrecken, muß klargemacht werden, daß sie nur in einem **festen Block mit der Arbeiterschaft gegen die sozialen und monarchistische Reaktion erfolgreicht den Kampf führen können.**

Die Lebensinteressen des gesamten werktätigen Volkes — das Millionenheer der Erwerbslosen, wie der Arbeiter in den Betrieben, der Arbeiter wie der Angestellten und Beamten, des städtischen Proletariats wie der werktätigen Bauern — erfordern gebieterisch die Zusammenfassung aller Kräfte gegen die Vorstöße der sozialen und monarchistischen Reaktion.

Die Millionen, die sich gegen den Fürstenraubzug und damit gegen die monarchistische Reaktion entschieden haben, müssen erkennen, daß das große Hindernis auf dem Wege zur Sicherung ihrer Lebensexistenz die **monarchistische Luther-Regierung** ist, die nicht nur die Republik den Monarchisten ausgeliefert hat, sondern auch das willfährige Instrument der großkapitalistischen Reaktion, des deutschen Unternehmertums ist, das unter dem Schlagwort der „Rationalisierung" versucht, die gesamten Lasten des verlorenen Krieges auf das werktätige Volk abzuwälzen, um sich durch verschärfte Ausbeutung, durch neuen Steuerraub neue Profitquellen zu erschließen.

Der Kampf geht weiter. Das nächste Ziel muß der Sturz der monarchistischen Regierung Luther, die Auflösung des Reichstags, des Steuerraubs und des Volksbetruges sein!

Hilfe den Erwerbslosen!

Einem Flugblatt, herausgegeben im Auftrage der Erwerbslosenausschüsse von **Berlin, Brandenburg, Wasserkante, Rheinland-Westfalen, Mitteldeutschland und Thüringen,** entnehmen wir folgende Forderungen der Erwerbslosen:

Die Erwerbslosen fordern von Staat und Gemeinden:

1. **Beschaffung von Arbeit für alle Arbeitslosen, Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe durch Reich, Staat und Kommunen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte;**
2. **sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten unter Zahlung des in Frage kommenden Tariflohnes, Beseitigung der Pflichtarbeit;**
3. **Festsetzung des achtstündigen Arbeitstages als Höchstarbeitszeit; für den Bergbau (unter Tage) die Siebenstundenschicht; Verbot von Ueberstundenarbeit;**
4. **Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe zu Ostern in Höhe von 50 Mark an alle Erwerbslosen;**
5. **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent; Unterstützung für alle Arbeitslosen;**
6. **Aufhebung der Ortsklassendifferenzierung, Beseitigung der Karenzzeit und Gewährung der Erwerbslosenunterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit;**
7. **Zahlung von Unterstützung an die Kurzarbeiter für die Zeit ihrer Feierschichten;**
8. **gleiche Unterstützungssätze der Erwerbslosen unter 21 Jahren mit den über 21 Jahren; Verbot aller privaten Arbeitsnachweise;**
9. **Unterstellung der öffentlichen Arbeitsnachweise unter die Kontrolle der zuständigen Gewerkschaftsorgane und der Erwerbslosenausschüsse;**
10. **Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse.**

Vom ADGB., den Ortsausschüssen, den zentralen und örtlichen Gewerkschaftsvorständen fordern die Erwerbslosen:

1. **Grundsätzliche Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse;**
2. **Zusammenfassung aller Erwerbslosen, auch der unorganisierten, durch die Gewerkschaften;**
3. **Zulassung der Erwerbslosenausschüsse bzw. deren Vertreter bei den einzelnen Verbänden und Ortsausschüssen; Teilnahme eines Vertreters an den Sitzungen der Ortsausschüsse und Ortsverwaltungen mit Sitz und Stimme;**
4. **Oertliche Zusammenfassung sämtlicher Erwerbslosenausschüsse, und darüber hinaus bezirkliche Zusammenfassung;**
5. **Aufnahme der unorganisierten Erwerbslosen mit einem geringen Eintrittsgeld in die Gewerkschaften und einen geringen Wochenbeitrag;**
6. **Kontrolle der gesamten Arbeitsnachweisstellen und der Arbeitsvermittlungen durch die Gewerkschaften;**
7. **Eröffnung von unentgeltlichen Auskunftsstellen durch die Gewerkschaften, in denen jedem Erwerbslosen Auskunft über Sozial- oder Rechtsfragen erteilt wird;**
8. **Mobilisierung aller Kräfte für die Durchsetzung der an Regierung, Reichstag, Staat und Kommunen gestellten Forderungen.**

Am Dienstag, dem 23. März 1926, soll für diese Forderungen demonstriert werden. Erwerbslose, Arbeiter, Angestellte, auf zu diesem

Reichs-Erwerbslosen-Demonstrationstag

Millionen müssen für diese Forderungen demonstrieren und durch ihren Aufmarsch zeigen, daß sie bereit sind, den Kampf für die Forderungen zu führen.

1¼ Million Eintragungen in Berlin am Montag erreicht

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 16. März.

Während sich am Sonnabend in Berlin 80 581 Stimmberechtigte eintrugen, wurden am Sonntag 217 277 Eintragungen gezählt. Das sind 50 000 mehr als am ersten Einzeichnungssonntag. Insgesamt waren am Sonntagabend 1 091 648 Stimmen abgegeben. Da die Stimmenzahl vom gestrigen Montag ebenfalls eine Massenbeteiligung aufweist, kann mit über 1 150 000 Stimmen gerechnet werden, so daß die Zahl von 1 250 000 für Groß-Berlin schon erreicht sein dürfte. Es wird allgemein damit gerechnet, daß in Berlin 1½ Millionen, also die Mehrheit der Wahlberechtigten bis Mittwochabend erreicht wird.

Die Eintragungen in Halle

	am 15. 3.:	Insgesamt:
Wittekindschule	298	2 376
Giebichensteinschule	389	3 485
Klosterschule	576	3 864
Schillerschule	413	3 071
Martinschule	541	3 021
Talamschule	695	6 192
Freiimfelder Schule	340	1 948
Alte Volksschule	308	2 534
Glauchaschule	554	4 519
Torschule	552	3 294
Huttenschule	278	1 950
Lutherschule	442	3 338
Trothaschule	177	1 491
	5 563	41 083

Resultate aus dem Bezirk

	Wahlberechtigt:	Eingetragen:
Teicha: bis 14. März	420	200
Beesenlaublingen: bis 14. März	718	265
Beesedau: bis 14. März	290	190
Nietleben: bis 15. März	2 842	1381
Lieskau: bis 15. März		235
Gutenberg: bis 14. März		180
Diemitz: bis 15. März	1 968	807
Möglich: bis 14. März		97
Peißersberg: bis 15. März	180	66
Alsleben: bis 14. März	1 950	700
Gröbers: bis 15. März	600	306
Schwoitzsch: bis 15. März	300	250
Könnern: bis 14. März	2 500	735
Passendorf: bis 15. März	900	650
Schkeuditz: bis 15. März	4 915	2376
Naumburg: bis 15. März	19 066	2399
Hohenmölsen: bis 12. März	2 105	520
Kretzschau: bis 14. März	740	408
Eisleben: bis 15. März	15 798	2491
Zappendorf: bis 15. März		322
Volkstedt: bis 14. März	800	300
Helfta: bis 14. März	2 053	757
Gerbstedt: bis 15. März	3 469	1822
Oberwiederstedt: bis 14. März	720	380
Unterwiederstedt: bis 14. März	240	200
Helbra: bis 14. März	1 731	708
Brehna: bis 14. März	1 457	370
Holzweißig: bis 14. März	3 768	1700
Muldenstein: bis 14. März	344	185
Delitzsch: bis 15. März	9 335	3100
Eilenburg: bis 15. März	11 652	4140
Pratau: bis 14. März	1 130	321
Piesteritz: bis 15. März	3 670	2233
Bad Schmiedeberg: bis 13. März	1 948	396
Bockwitz: bis 14. März	2 185	870
Grünewalde: bis 14. März		550
Kleinleipisch: bis 14. März		228
Lauchhammer: bis 14. März	732	117
Naundorf b. Z.: bis 14. März	1 842	650
Mückenberg: bis 14. März	2 063	396
Großwig: bis 13. März	305	40
Patzschwig: bis 13. März	260	30
Großkorgau: bis 13. März	130	9
Torgau: bis 14. März	7 982	917

Die Einzeichnungen in den Großstädten

	Wahlberechtigt:	Eingetragen:
Berlin: bis 14. März	2 968 226	1 091 684
Hamburg: bis 14. März	788 000	243 000
Köln: bis 14. März	478 000	80 000
München: bis 14. März	427 000	66 000
Leipzig: bis 14. März	471 000	105 765
Dresden: bis 14. März	438 000	128 234
Breslau: bis 14. März	390 500	96 268
Essen: bis 14. März	309 000	70 000
Frankfurt a. M.: bis 14. März	341 000	93 130
Düsseldorf: bis 14. März	298 000	65 000
Hannover: bis 14. März	298 000	98 934
Nürnberg: bis 14. März	263 000	70 000
Stuttgart: bis 15. März	229 000	78 000
Chemnitz: bis 14. März	211 000	92 000
Dortmund: bis 14. März	196 000	60 000
Magdeburg: bis 14. März	206 000	59 139
Bremen: bis 14. März	196 000	58 000
Duisburg: bis 11. März	159 000	20 400
Königsberg i. Pr.: bis 14. März	188 000	32 600
Stettin: bis 12. März	174 000	36 000
Mannheim: bis 14. März	152 000	53 897
Kiel: bis 12. März	142 000	23 617
Gelsenkirchen: bis 9. März	121 000	12 000
Halle a. d. S.: bis 15. März	134 000	41 000
Barmen: bis 14. März	130 000	37 467
Altona: bis 14. März	147 000	42 000
Kassel: bis 12. März	112 000	18 000
Elberfeld: bis 14. März	115 000	26 626
Augsburg: bis 10. März	101 000	11 200
Bochum: bis 11. März	103 000	7 500
Aachen: bis 14. März	108 000	14 746
Karlsruhe: bis 14. März	103 000	14 100
Braunschweig: bis 14. März	105 500	34 100
Erfurt: bis 14. März	92 044	25 500
Krefeld: bis 14. März	91 000	20 000
Hamborn: bis 10. März	68 000	10 000
Mülheim a. R.: bis 11. März	80 000	6 895
Lübeck: bis 14. März	83 000	26 218
Plauen i. V.: bis 12. März	73 000	16 688
Mainz: bis 12. März	72 000	6 550
Wiesbaden: bis 14. März	77 000	9 700

In dieser Aufstellung fehlen die Großstädte München-Gladbach, Münster i. W., Oberhausen und Ludwigshafen, aus denen noch keine Ergebnisse eingelaufen sind.

Mittlere Städte

Provinz Brandenburg

	Wahlberechtigt:	Eingetragen:
Rathenow: bis 14. März	18 000	7 092
Weißwasser: bis 14. März	7 057	3 274
Brandenburg: bis 14. März	39 000	12 800
Frankfurt a. O.: bis 14. März	39 000	13 660
Potsdam: bis 14. März	39 000	5 000
Rüdersdorf: bis 14. März	16 000	5 000
Kottbus: bis 14. März	22 000	5 510

Ruhrgebiet

Solingen-Stadt: bis 14. März		5 271
Solingen-Land: bis 14. März		53 000
Remscheid: bis 14. März		18 426
Lüdenscheid: bis 14. März		6 500
Rheydt: bis 14. März		5 700
Hagen: bis 14. März		15 800

Thüringen

Jena: bis 14. März	14 500
Sonneberg: bis 14. März	6 000
Gotha: bis 14. März	6 500
Arnstadt: bis 14. März	4 800
Zella-Mehlis: bis 14. März	5 200

Baden

Heidelberg: bis 14. März	10 000
Weinheim: bis 14. März	4 000
Konstanz: bis 14. März	3 050
Donaueschingen: bis 14. März	3 300

Die Erfolge der Einheitskomitees

(Eig. Drahtm.) **Stuttgart,** 16. März.

In Stuttgart sind gestern 11 000 Stimmen abgegeben worden, so daß insgesamt 78 000 Einzeichnungen erreicht sind. In **Württemberg** sind in einzelnen Orten geradezu glänzende Resultate erzielt worden. In einzelnen Orten, in denen **Einheitskomitees** arbeiten, sind bis 85 Prozent der Wahlberechtigten bis gestern abend eingezeichnet gewesen, so z. B. in Botnang 85 Prozent, Leumaden 75 Prozent usw.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260316-17/fragment/page=0002

Die Abrüstungsfrage und die Sowjetunion

Von K. J. Woroschilow

Wir bringen nachstehend im Wortlaut einen Teil der Rede des Volkskommissars für Heer und Flotte und Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrates der Sowjetunion, Genossen K. J. Woroschilow, die er in der Festversammlung aus Anlaß des achten Jahrestages der Gründung der Roten Armee im Moskauer Großen Theater gehalten hat. Die Redaktion des „Klassenkampf".

Locarno

Die westeuropäische Bourgeoisie bemüht sich, die gegenwärtige Lage so darzustellen, als ob bei ihr alles bereits vollendet sei und es ihr nur übrig bliebe, ein Geringes zu tun, um sich dann auf ihren Lorbeeren auszuruhen, indem sie sich zugleich auf dem glatten, bereits ausgefahrenen Wege der Entwicklung der Produktivkräfte des Kapitalismus weiter bewegt. Die Sache steht aber durchaus nicht so.

Wenn man mit einigen Worten **Locarno** berühren soll, über das bei uns ausführlich geschrieben und das von unserer Partei und Presse richtig gekennzeichnet wurde, so wird es klar, daß Locarno selbst nichts anderes als einen neuen **Knoten** darstellt, der die bisherigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Staaten Westeuropas und Amerikas noch mehr verwickelt. Locarno ist nicht nur darum wichtig, weil es **Großbritannien** auf dieser Konferenz gelang, die ersten Reihen zur Einkreisung der **Sowjetunion** zu formieren; die Konferenz von Locarno ist auch dadurch gekennzeichnet, daß es Großbritannien gelang, seinen Nebenbuhler den Gegenton auf dem europäischen Festlande, **Frankreich**, in den Hintergrund zu drängen. England legte es darauf an, zwei Fliegen mit einem Schlage zu treffen: einerseits die Einkreisung der Sowjetunion zu beginnen, andererseits aber mit Hilfe aller möglichen Kombinationen, mit Hilfe der Unterfertigung des **Garantiepaktes**, Deutschland in das Konzert der europäischen Mächte hineinzuziehen und dadurch Frankreich in den Hintergrund abzudrängen.

Die Abrüstungsfrage

Daraus entspringt eine weitere Frage. Großbritannien bemüht sich jetzt, die **Abrüstung** vorzuschlagen, um durch Machinationen und Schwindel jeder Art die Einstellung oder jedenfalls die Einschränkung des Anwachsens der Rüstungen Frankreichs und jener Staaten zu erreichen, die der weiteren Entwicklung der imperialistischen Gelüste Großbritanniens im Wege stehen können.

Zwischen England und Frankreich sind in der letzten Zeit ungeachtet des „Freundschafts"-Bündnisses sehr gespannte Beziehungen eingetreten, die, in der geschichtlichen Perspektive betrachtet, in einen bewaffneten Zusammenstoß zu münden drohen. Die Reden über die Abrüstung gehen hauptsächlich von England aus. Frankreich glaubt nicht an die Abrüstung, und wenn es genötigt ist, diese Reden zu unterstützen, so ausschließlich deshalb, weil das **Proletariat** Frankreichs ebenso wie die internationale Lage gegenwärtig auch von der französischen Regierung unmittelbar eine Antwort auf die gestellte Frage der Abrüstung erheischen. Jetzt will niemand kämpfen, darunter auch das Proletariat Frankreichs. Jeder, der als erster gegenwärtig vom Kriege sprechen wollte, würde ein Fiasko erleiden. Darum haben alle Mächte begonnen, von der Abrüstung zu sprechen, **obgleich keine von ihnen natürlich auch nur daran denkt, abzurüsten.**

Unsere Regierung hat auf den **Vorschlag**, an einer Abrüstungskonferenz teilzunehmen, **zustimmend** geantwortet. Das ist verständlich. Unser Arbeiter- und Bauernland ist nicht nur in Worten, sondern **in der Tat ein friedliebender Staat.** Wir haben wiederholt, bereits auf der Konferenz von Genua, durch den Mund des Genossen **Tschitscherin** vorgeschlagen, abzurüsten. Wir wissen, wie die Bourgeoisie damals darauf reagierte. Wir haben bei uns in Moskau im Jahre 1923 die uns benachbarten Staaten einberufen, um zusammen mit ihnen zu versuchen, mit ihnen zu einer Verständigung über die Einschränkung der Rüstungen, vielleicht aber auch über die Abrüstung, und sei es auch nur eine verhältnismäßige, zu gelangen. Was geschah aber? Unter dem Einfluß Großbritanniens und anderer Mächte **lehnten unsere Nachbarn nicht nur die Abrüstung, sondern auch weitere Besprechungen über diesen Gegenstand ab.**

Was wollen die kapitalistischen Staaten wirklich?

Großbritannien ist gegenwärtig daran interessiert, daß Frankreich den Bau der Unterseeflotte einstelle, ferner den Bau seiner Luftflotte einschränke oder ganz einstelle und sein Landheer reduziere. Diese Vorschläge unterstützt **Amerika**, sie werden auch von den anderen Staaten unterstützt, die hierin mit England zusammengehen. Wozu braucht dies England? Um seine **Mittelmeerflotte** zu sichern, die gegenwärtig die mächtigste und beherrschende im Mittelländischen Meere ist, die aber in nicht zu ferner Zukunft der Gefahr ausgesetzt ist, wenn auch nicht die zweite zu werden, so doch jedenfalls sich gegenüber die ebenso starke französische Flotte zu haben. Wenn man berücksichtigt, daß Frankreich, das von England durch den engen Aermelkanal getrennt ist, noch das mächtigste **Landheer** in der Welt hat, daß es über eine der mächtigsten **Luftflotten** verfügt, so ist es begreiflich, daß England das weitere Anwachsen der Heeresmacht Frankreichs mit Unruhe verfolgt. Darum strebt England in jeder Weise danach, den Aufbau der Streitkräfte Frankreichs und hauptsächlich den Bau der Luft- und Unterseeflotte Frankreichs zur Einstellung zu bringen.

Darauf kann **Frankreich** nicht eingehen. Es hat sich im Mittelmeer ziemlich fest eingerichtet und will England nicht nachgeben, da es selbst sowohl wirtschaftlich wie auch politisch allzusehr am Becken des Mittelmeeres interessiert ist. Die französischen Kolonien an der Nordküste Afrikas, reich an Erzen und Rohstoffen, aber auch an Hunderttausenden schwarzer Soldaten, die das französische Heer ergänzen, stellen einen großen Wert für Frankreich dar.

Aus annähernd den gleichen Erwägungen will und kann auch **Italien** nicht auf die Einschränkung seiner Streitkräfte, der Unterseeboote und der Luftflotte, eingehen. Dafür treten sowohl Frankreich wie auch Italien für die Einschränkung des Baues von Linienschiffen ein. Frankreich und Italien können aus finanziellen Gründen keine Linienschiffe bauen.

Hingegen können die **Vereinigten Staaten von Amerika** Linienschiffe und Marinestützpunkte bauen, und darum wünschen die Vereinigten Staaten von Amerika, daß von der Tagesordnung der bevorstehenden Abrüstungskonferenz die Flottenfragen **ausgeschaltet** werden.

Wenn man all die ineinander verflochtenen Interessen dieser Mächte genau betrachtet, so muß man zum Schluß gelangen, daß sogar bei gutem Willen, wenn ein solcher vorhanden wäre, **diese Staaten keinesfalls zu irgendeiner Verständigung gelangen können.**

Amerika möchte natürlich **alle** einschränken und überall allein herrschen oder jedenfalls seine Herrschaft mit einer möglichst kleinen Anzahl Nebenbuhler teilen. Gegenwärtig befindet es sich in einem zeitweisen Bündnis mit Großbritannien, aber dieses Bündnis ist nicht von langer Dauer. Die amerikanische Flotte ist zu einer derart bedrohlichen Stärke angewachsen, daß sie bereits der britischen Flotte gleichkommt.

Aber der weiteren Entwicklung der Streitkräfte **Amerikas** im Stillen Ozean steht das immer stärker werdende **Japan** im Wege, und darum möchte Amerika die Bestrebungen Japans nach weiterer Bewaffnung einschränken. Japan kann sich damit nicht versöhnen, da seine Lebensinteressen erfordern, daß es eine eigene starke Flotte, im besonderen Unterseeboote und eine starke Luftflotte, besitze. Andererseits ist Japan an der Aufrechterhaltung des Verbotes der Errichtung neuer Kriegsmarinestützpunkte im Stillen Ozean interessiert, was völlig **gegen** die Vereinigten Staaten gerichtet ist.

Aus all dem ist ersichtlich, welche einander widersprechenden Interessen bei den wichtigsten Staaten in den mit der Abrüstung verbundenen Fragen bestehen. Wir zweifeln daher daran, daß die geplante Abrüstungskonferenz irgendwelche positiven Ergebnisse liefern wird.

Das Anwachsen der Rüstungen

In welcher Lage befinden sich jetzt die Landheere aller Staaten?

Trotzdem bereits acht Jahre seit dem Weltkriege verflossen sind, sind die Heere aller Mächte nicht nur eingeschränkt, sondern bei vielen **erhöht** worden.

Frankreich hat gegenwärtig ein Landheer von 685 000 Mann, während es im Jahre 1913 insgesamt ein solches von nur 546 000 gehabt hatte.

Großbritannien hat gegenwärtig allerdings weniger, und zwar 329 000 (ohne die Streitkräfte **Indiens** zu rechnen) an Stelle von 441 000, aber es hat dafür unter verschiedenen Vorwänden **bewaffnete Organisationen**, die in versteckter Form ebenfalls bewaffnete Truppen darstellen.

In **Italien** ist jetzt eine Einschränkung eingetreten. Früher waren es 400 000, jetzt sind es 291 000; aber dafür zählen die **faschistischen** Truppen 295 000 Mann. Es gibt daher dort viel mehr Truppen als vor dem Kriege.

Das Heer der **Vereinigten Staaten** hat sich bedeutend vermehrt, nämlich von 226 000 im Jahre 1913 auf 408 000 im Jahre 1925.

In **Japan** gibt es jetzt eine Einschränkung um 70 000 Mann; aber zugleich damit hat es in **versteckter** Form zehntausende Bewaffneter. Im Jahre 1925 ist der **obligatorische Unterricht im Kriegswesen in allen Hoch- und Mittelschulen** eingeführt worden. Es werden mehr als 50 000 Mann im Jahre ausgebildet. In den unteren Schulen machen mehr als 200 000 eine militärische Ausbildung durch.

Insgesamt zählen wir in diesen fünf Staaten 1 918 000 Mann gegen 1 888 000 im Jahre 1913.

All dies spricht, wie es scheint, nicht von jenen „wohlgesinnten" Wünschen, deren sich jetzt diese Herren rühmen, die die Abrüstung vorschlagen.

Wenn man noch dazu jenes tolle **Anwachsen der Kriegstechnik und jene ungeheuren Ausgaben** berücksichtigt, die von Jahr zu Jahr in allen Staaten wachsen, so kann man sich vorstellen, wohin Europa geht, das jetzt „abzurüsten" wünscht.

Vor dem Kriege entfielen in **Frankreich** auf 1000 Mann:

Leichte Geschütze	5,2
Schwere Geschütze	keine
Leichte Maschinengewehre	keine
Schwere Maschinengewehre	2,4

Jetzt entfallen auf 1000 Mann:

Leichte Geschütze	2,1
Schwere Geschütze	40
Leichte Maschinengewehre	10,7
Schwere Maschinengewehre	

Das gleiche Bild zeigt sich in allen übrigen vorgeschrittenen Ländern. Ich spreche nicht von den Erfolgen auf dem Gebiete des **chemischen Krieges** und der **Luftflotte**. Diese Seite der Sache ist den breiten Massen der Sowjetunion bekannt.

Nehmen wir zum Beispiel auch nur ein **solches** Land wie **Deutschland**, das jetzt nach der Zertrümmerung nur um wenig mehr als ein Siebentel der bewaffneten Kräfte der Vorkriegszeit hat. In den heutigen Zeitungen ist die Mitteilung enthalten, daß Deutschland sein Militärbudget auf die Hälfte des Militärjahres 1913 gebracht hat. Sie stellen sich vor, welch ein ungeheures Anwachsen der Rüstungen vor sich geht, wenn sogar Deutschland, das sich unter dem wachsamen Auge der verschiedenen Kontrollkommissionen der Sieger befindet, sein Budget bis auf die Hälfte dessen brachte, das es am Vorabend des Krieges hatte, während sein Heer auf fast ein Siebentel eingeschränkt wurde. Die deutsche Armee hatte im Jahre 1913 667 914 Mann gezählt, die Marine 79 889 Mann. Was bedeutet dies? Dies bedeutet, **daß Deutschland offen und heimlich starke bewaffnete Kräfte unterhält, die nicht nur nach Zehntausenden und Hunderttausenden zu zählen sind.**

Unser nächster Nachbar, **Finnland**, hatte im Jahre 1923 ein Heer von 30 000 Mann, jetzt hat es 3000 Mann mehr. **Estland** hat sein Truppenkontingent von 12 000 auf 14 000 erhöht. **Lettland** von 20 000 auf 22 000. **Polen von 264 000 im Jahre 1923 auf 325 000. Rumänien von 133 000 auf 158 000, und es beabsichtigt jetzt, auf 200 000 zu kommen.**

Nur unser Arbeiter- und Bauernstaat, **die Sowjetunion, die ihr Heer von fünfeinhalb Millionen auf 562 000 Mann herabgesetzt hat,** erhöht den Bestand der Roten Armee **nicht.** Aber natürlich kann sie es weiter **nicht** herabsetzen, solange sie von so „friedliebend" gestimmten Mächten umgeben ist, wie den eben angeführten.

Es muß noch bemerkt werden, **daß in den uns benachbarten Staaten eine gewaltige Arbeit zur Schaffung geheimer bewaffneter Kräfte geleistet worden ist.** In **Finnland** zählt das „Schutzkorps" 85 000 Mann, außerdem sind die Schützen- und Sportorganisationen stark entwickelt. In **Polen** zählten die legalen bewaffneten Organisationen im Jahre 1925 mehr als 100 000 Mann. Das gleiche Bild zeigt sich auch in den übrigen uns benachbarten Ländern.

Unser Militärbudget bewegt sich seit einer Reihe von Jahren auf der gleichen Höhe. Wir verausgaben in den letzten Jahren für die Rote Armee **15 bis 16 Prozent des Budgets,** einschließlich der Ausgaben für den Ankauf von Maschinen und anderer Ausrüstungsgegenstände für unsere militärischen Werke, die in einem beträchtlichen Ausmaße **Friedensproduktion betreiben.** Unser Staat unterhält eine zahlenmäßig sehr unbedeutende Armee und **verausgabt für sie verhältnismäßig weniger als irgendein Staat in der Welt.**

Ein sehr scharf umrissenes Bild liefern die Ziffern der **Militärausgaben, die auf einen Kopf der Bevölkerung (in Rubeln) entfallen.** Die Angaben beziehen sich auf das Jahr 1925:

England	22,3
Frankreich	17,2
Vereinigte Staaten	9,1
Italien	8,5
Polen	11,1
Finnland	8,0
Estland	8,6
Lettland	9,5
Sowjetunion	4,3

Bei uns in der Sowjetunion entfallen also, nach dem Budget für das Jahr 1925/26, auf den Kopf der Bevölkerung Ausgaben von nicht mehr als 4,3 Rubel. Bemerkt sei, daß in den Ausgaben **Frankreichs** die ungeheuren Summen, die für die Operationen **in Syrien und Marokko** verausgabt werden, nicht enthalten sind!

Wenn sich die Herren Imperialisten bemühen, uns als Leute hinzustellen, die „friedliche" Lämmlein überfallen, die in unserer Nachbarschaft wohnen, oder als Leute, die daran denken, wie man mit bewaffneter Hand in der kürzesten Frist die kommunistische Gesellschaftsordnung in der ganzen Welt einführen könne, so lügen diese Herren in der unverschämtesten Weise. Sie wissen sehr gut, daß wir am allermindesten von irgendwelchen militärischen Operationen träumen.

Die Sowjetunion strebt den Frieden an

Wenn unsere Rote Armee auf den gleichen Wegen weiterschreiten wird, die sie bisher gegangen ist, wenn ihre Stärke, ihr Bewußtsein, ihre technischen Kräfte ebenso wachsen und sich fortentwickeln werden, wie dies bisher der Fall war, so zweifeln wir nicht daran, **daß, soviel auch unsere Klassenfeinde von Abrüstung reden mögen, es nicht heute, nicht morgen, nicht in einem Monat, nicht in zweien Krieg geben wird.**

Die bewaffnete, klassenmäßig erzogene und in hohem Maße klassenbewußte Rote Armee ist eine hinreichende Warnung für alle jene, die sehr viel von Abrüstung sprechen, sich aber dabei heimlich bewaffnen, um die Arbeiter und die Bauern unseres Landes der Möglichkeit zu berauben, ihr neues sozialistisches Leben aufzubauen.

Die Sowjetunion will den Frieden, und die beste Bürgschaft für den Frieden ist unsere Rote Armee.

Reichskonferenz des RFB.

19., 20., 21. März in Halle a. d. S. („Volkspark")

19. März, Freitag:

2 bis 8 Uhr: **Gaukassiererkonferenz** im „Volkspark". Referent: Steinbrecher.

Alle Kassierer der Gaue oder Stellvertreter müssen erscheinen mit den Unterlagen der Gaukasse.

Tagesordnung:

1. Reorganisation des Kassenwesens.
2. Abrechnung des alten Materials.
3. Vorbesprechung: Beittragsfrage und Beittragskassierung.

20. März, Sonnabend:

9 bis 2 Uhr: **Sitzung der Bundesleitung mit sämtlichen Gauleitern** im „Volkspark".

Alle Gauleiter müssen an dieser erw. Vorbesprechung teilnehmen.

10 bis 5 Uhr: **Jungfront-Konferenz.**

Tagesordnung:

1. Bericht der Bundesleitung und nächste Aufgaben.
2. Rote Jungfront und RFB.
3. Wahl der Leitung.

6 Uhr:

Beginn der Reichskonferenz im „Volkspark"

Tagesordnung:

1. **Referat des Bundesvorsitzenden Ernst Thälmann. Diskussion.** Um 8 Uhr findet die **Begrüßung der auswärtigen Delegierten** durch die Ortsgruppe Halle statt.

21. März, Sonntag:

Beginn der Tagung vormittags 8 Uhr.

Tagesordnung:

2. **Bericht der Bundesleitung** (Leow).
3. **Kassenbericht** (Steinbrecher).
4. **Unsere Gegner** (Schreiner).
5. **Rote Jungfront** (Olbrich).
6. **Anträge.**
7. **Wahlen.**

Sonntag nachmittag 6 Uhr: Schluß der Reichskonferenz.

Heraus zum mitteldeutschen Jugendtag, Ostern, den 4. und 5. April 1926 in Jena!

Jungarbeiter! **Jungarbeiterinnen!**

An die Mitglieder aller proletarischen Jugend-, Sport- und Kulturorganisationen!

In den Ostertagen 1926 jährt sich zum 10. Male jene denkwürdige Zeit, wo während des imperialistischen Völkermordens die Vertreter der oppositionellen sozialistischen Jugendorganisationen in Jena zusammenkamen und den Kampf organisierten gegen den Krieg und die Burgfriedenspolitik der Sozialdemokratie. Auf dieser Jenaer Konferenz wurde der Grundstein gelegt zu einer geschlossenen, revolutionären Jugendorganisation, aus welcher sich unser heutiger Kommunistischer Jugendverband entwickelt hat.

Unter den roten Fahnen des revolutionären Klassenkampfes, unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg arbeitete und kämpfte die Jugend während des Kriegs und in den stürmischen Revolutionsjahren der Nachkriegszeit. Hunderte der Besten der revolutionären Jugend mußten ihre Treue zur Fahne der Revolution mit dem Tode besiegeln, Hunderte tapferer Jugendlicher, werden heute noch für ihre aufopfernde Tätigkeit für das klassenbewußte Proletariat in den Gefängnissen und Zuchthäusern unserer „Republik" gefangen gehalten. In den 10 Jahren Bestehens einer revolutionären Jugendorganisation ist hundertfach bewiesen, daß die Jugend in jeder Situation ihren Mann gestanden hat, daß sie mit all ihrer jugendlichen Begeisterung in den vordersten Reihen kämpfte. 10 Jahre Kampf und Erfahrungen liegen hinter uns.

Und heute? Heute sehen wir, daß das Unternehmertum zu einem Generalangriff auf die elementarsten Lebensrechte der arbeitenden Bevölkerung übergeht. Drei Millionen Arbeiter stehen außerhalb des Produktionsprozesses. Ungefähr 500 000 Jugendliche sind darunter, die zum größten Teil ohne Unterstützung dem größten Elend und Hunger schutzlos preisgegeben sind. Mit raffinierten und verschärften Methoden werden die im Betriebe Stehenden ausgebeutet. 10 bis 12 Stunden müssen die Jugendlichen für das profitgierige Unternehmertum für eine lächerliche Entlohnung schanden.

Zu einer solchen Zeit des krassesten Elends kommen die davongelaufenen Fürsten unserer kaiserlichen Vergangenheit und fordern Milliardenwerte auf Kosten des hungernden Volkes. Die reaktionäre Luther-Regierung bereitet Gesetze vor zur politischen Knebelung der Jugend. Im Reichstag bringt die Wirtschaftspartei einen Antrag ein, das Wahlalter von 20 Jahre auf 24 Jahre heraufzusetzen. Die deutsch-völkische Fraktion im Reichstag beantragt die Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Gesetze zur Frage der Schund- und Schmutzliteratur sollen die Jugend in ihrer Bildungs- und Aufklärungsarbeit beschränken.

Gegen diese reaktionären Machenschaften muß einig und geschlossen das Jungproletariat Protest erheben.

Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen, Kameraden der roten Jungfront demonstriert am Osterjugendtag in Jena, anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Kommunistischen Jugendverbandes für die Forderungen der arbeitenden Jugend.

Für ausreichenden Jugendschutz!

Unterstützung und Hilfe für die erwerbslosen Jugendlichen!

Für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten!

Gegen die Heraufsetzung des Wahlalters!

Gegen das Arbeitsdienstpflichtgesetz!

Die Parole für jeden jungen Arbeiter und Arbeiterin, für jeden Kameraden der roten Jungfront, für jeden jungen Sportler ist:

Auf, zum mitteldeutschen Jugendtag Ostern in Jena!

Stärkt die rote Klassenfront des Jungproletariats!

Kommunistischer Jugendverband, Bezirksleitung Halle-Merseburg.

Rote Jungfront, Gauleitung Halle-Merseburg.

Jung-Spartakus-Bund, Bezirksleitung Halle-Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260316-17/fragment/page=0003

Neues vom Tage

Eine Ehetragödie in Köthen

Köthen. Die in der Ringstraße wohnende Frau Heinig erschoß ihren auf dem Sofa liegenden Ehemann und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in den Kopf.

Zweieinhalb Monate Gefängnis für Gräfin Bothmer

(TU.) **Berlin.** Nach mehrstündiger Beratung wurde heute abend das Urteil im zweiten Prozeß gegen die Gräfin Bothmer gefällt. Die Angeklagte wurde wegen Urkundenfälschung und Betruges zu zweieinhalb Monaten Gefängnis verurteilt.

Ja, wenn man eine Gräfin ist! Neun Monate Gefängnis waren schon vornherein überhaupt nur beantragt, aber auch das wäre doch für so zartfühlende Gräfinnen „untragbar" gewesen. Titel und hochklingende Namen sind eben in Deutschland doch noch ungeheuer viel wert!

Ein indischer Student und seine Begleiterin in der Nähe der Schneekoppe erfroren

(TU.) **Berlin.** Der Student Tryambak Pathak aus Chinwara, der an der Berliner Universität eingeschrieben ist, wurde heute früh an einer Markierungsstange auf dem Wege von der Schneekoppe nach den Grenzbauden tot aufgefunden. Etwa sechs Meter von ihm entfernt wurde von der Bergungskommission die Leiche einer jungen Dame entdeckt. Der Name der Verunglückten konnte bis zur Stunde noch nicht festgestellt werden, es handelt sich wahrscheinlich um eine junge Berlinerin, die mit dem Inder einen Aufstieg nach der Schneekoppe vor einigen Tagen unternommen hatte.

Eine folgenschwere Gasexplosion

(TU.) **Leipzig.** Eine verhängnisvolle Explosion ereignete sich im Hause Menkestr. 48. Ein dort wohnender Kassenbote der städtischen Straßenbahn hatte sich in der Nacht zum Sonntag durch Leuchtgas vergiftet. Als am Morgen der 13jährige Sohn die Tür zu dem Zimmer öffnete, wurde durch den Luftzug die im Ofen befindliche glühende Asche entfacht und das ausgeströmte Gas unter lautem Knall zur Explosion gebracht. Der Knabe erlitt schwere Verletzungen im Gesicht. Sämtliche Fensterscheiben der Wohnung gingen in Trümmer. Die Türfüllungen wurden aus dem Rahmen gerissen. Die im Nebenzimmer schlafende Frau des Selbstmörders wurde durch den Luftdruck aus dem Bett geschleudert und gleichfalls verletzt. Der Täter lag entseelt auf dem Fußboden. Der schwerverletzte Knabe wurde in das Krankenhaus gebracht.

Schweres Eisenbahnunglück in Costarica

(TU.) **Neuyork.** Auf der Strecke von San José—Costarica stürzte gestern infolge Schienenbruches ein mit Ausflüglern dicht besetzter Wagen von der Brücke in den Virillafluß. Man befürchtet, daß 178 Personen den Tod fanden, 25 Personen sollen schwer verletzt sein.

MAGGI^s Würze hilft Fleisch sparen

Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen Maggi's Würze

Man verlange ausdrücklich MAGGI^s Würze

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen zu RM 6,50

*970

Stadt-Theater

Heute 975 Dienstag 8 Uhr **„Katte"**
Mittwoch 8 Uhr **Ein Walzertraum**
Donnerstag 8 Uhr **Frau ohne Kuß**

5-6 Ztr. Heu z. verkf. Ammendorf-Osend., Waldstraße 33

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg, Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Bruckdorf, Canena, Dieskau, Kleinkugel und Zwintschöna. Gemeinsame Mitgliederversammlung Donnerstag, 18. März, abends 8 Uhr, in Bruckdorf im Lokal Große. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingte Pflicht.

Zappendorf. Mitgliederversammlung Freitag, 19. März, abends 8 Uhr, im Lokal Nabe. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Lützen. Mitgliederversammlung Mittwoch, 17. März, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Sangerhausen. Außerordentliche Mitgliederversammlung Dienstag, 16. März, abends 8 Uhr, im „Herrenkrug". Referent von der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Hohenleipisch. Mitgliederversammlung Freitag, 19. März, abends 8 Uhr, beim Genossen Haake. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Dienstag, ½8 Uhr, im „Volkspark" Fortsetzung des Parteikerns. Alle älteren Genossen müssen erscheinen.

Mittwoch, 8 Uhr im Jugendbureau Sitzung der Agitpropgruppe.

Alle Genossen, die an der Wandzeitung mitarbeiten, treffen sich am Mittwoch, 17. März, 7 Uhr, beim Genossen Schmidt, Steinstraße 9.

Donnerstag, ½8 Uhr, Jugendherberge Musikübungsstunde.

Donnerstag: Teilnahme aller Genossen, welche die Fortbildungsschule besuchen, an der Fortbildungsschülerversammlung in der Produktiv-Genossenschaft.

Freitag Gruppenabend. Thema: Geschichte des KJVD. Gruppe Süd Produktiv-Genossenschaft. Gruppe Nord „Volkspark".

Ammendorf. Dienstag, 16. März, abends 8 Uhr, in der „Post" Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Jugendtag, Jugendweihe usw.

Schkeuditz. Mittwoch, 17. März, abends 8 Uhr, in der „Weißen Taube" Mitgliederversammlung. Vortrag. Referent von der BL.

Modelwitz. Mittwoch, 17. März, Lese- und Liederabend.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, 17. März, abends 8 Uhr, Treffen sich alle Genossen im „Lindenhof" zum Binden der Kränze für die Märzgefallenen.

Güntheritz. Mittwoch, 17. März, abends 8 Uhr, öffentliche Jugendversammlung: 10 Jahre revolutionäre Jugendbewegung.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Elsterwerda. Dienstag, 16. März, abends 8 Uhr, öffentlicher Gruppenabend. 10 Jahre KJVD. Referent der BL.

Neundorf. Mittwoch, 17. März, abends 8 Uhr, Vorlesungen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 17. März, im Jugendheim von 7 bis 8 Uhr Volkstanzgruppe. Freitag, 19. März, Beteiligung am Abend der Roten Hilfe.

Empfehlenswerte Literatur

der **Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14** und deren auswärtigen Filialen

Politische Literatur

Unter dem Banner des Marxismus, Band 3	3,—
Ein Jahr Arbeit und Kampf, Tätigkeitsbericht der Exekutive 1925/26	5,—
Die sozialdemokratischen Parteien, Herausgegeben von E. Varga .. kartonn. 4,50 gebd.	6,—
Die Kommunistische Internationale, Heft 12	1,50
Die Internationale, Heft 4	0,30
Victor Waskow: Sieben Tage, die Japan erschütterten	0,80
Die Frau im neuen Rußland, Bericht der englischen gewerksch. Frauendelegation	0,50

Schöngeistige Bücher

H. z. Mühlen: Lina, Erzählung aus dem Leben eines Dienstmädchens	0,50
Janos Gyetvai: Eine Nacht	0,60
Joseph Roth: Die Rebellion ..gebd.	4,—
Lawrence H. Desberry: Ejus..... gebd. 4,50 brosch.	2,50

Günstiger Gelegenheitskauf!

Fingerringe

in allen Größen, echter synthetischer Rubin, Silber 830/000, Hammer und Sichel in Feingoldeinlage. **Preis nur 2,50 M.**

Derselbe Ring in Alpaka nur 1,50 Mark

Halle, das ist was für dich!

Neueröffnung: Steinweg 3 und Geiststraße 58

„Volkspark"

Mittwoch, den 17. März, abends 8 Uhr:

Erd- oder Feuerbestattung

Lichtbildervortrag

Freitag, den 19. März, abends 8 Uhr:

Die Feuerbestattung

Filmvortrag

Eintritt frei! **Eintritt frei!**

Verein der Freidenker für Feuerbestattung e. V., Berlin 972

Besucht die Naturfreunde-Ausstellung

Der gute Roman für proletarische Leser

Ein Arbeitermädel

Der Roman einer Illusion
Von Otto Müller Glósa

Alle weiblichen Sehnsüchte einer jungen Arbeiterin, die mit ihrem proletarischen Schicksal verknüpften bitteren Enttäuschungen und herben Erfahrungen, sind ohne spießerhafte Prüderie, ohne falsche Scham gezeigt und zu einer packenden Handlung dramatisch gesteigert. — Dieser „Roman einer Illusion" ist dazu geschaffen, Illusionen zu zerstören, die der Arbeiterklasse gefährlich sind; deshalb sollte er in Millionen Exemplaren von Arbeitermädchen und Frauen, Müttern und Vätern gelesen werden

Das starke Buch kostet kartoniert, mit Bildumschlag, nur 2.— Mark und ist zu beziehen durch alle Partei- und Volksbuchhandlungen, oder direkt durch

Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Lerchenfeldstraße 14 und deren Filialen

Modernes Theater
Direktion Fam. Röder

Neuer Spielplan!
Glanzleistungen deutscher
Varietee-Kunst
Eintritt 50 Pfg. bis 2 Mk.
Mittwoch 4-Uhr-Tee mit Tanzvorführung.

Goldene Damenuhr in Leder-Armband Sonntagabend von Lindenplatz bis Schützenstr. **verloren.** Gegen Belohnung abzugeben **Zeitz** Schützenstraße 27 II

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Zum 5. Jahrestag der Märzkämpfe 1921

Otto Kilian:

Warum in Mansfeld die Kirschbäume im Herbst blutrote Blätter habe

Drei Geschichten mit vier zweifarbigen Holzschnitten

Als Jugendschrift zu empfehlen!

Preis 40 Pf. Zu beziehen durch d. Buchhandlungen der Produktiv-Genossenschaft u. d. Literaturobleute der KPD.

Bekanntmachung

Das Wasser wird Mittwoch, 17. März von mittags 1—5 Uhr in der Schloßgasse, Schloßplatz, Pfortenstraße, Pfortenplatz, An der Kirche, Schloßpromenade, Rosental- und Mühlenstraße abgestellt

Delitzsch, den 15. März 1926
*974 **Der Magistrat**

Gewissenhafter Zeitungsträger für **Unterrißdorf** sofort gesucht Meldungen beim Genossen **Vater** in Unterrißdorf

Zuverlässiger Zeitungsträger für **Roßbach** gesucht. Zu melden beim Genossen **Roßenkranz,** Roßbach

Ledersohlen Gummiabsätze billig bei 48 **Wilh. Kranig** Neue Promenade 15

Tischlerosen z. verk. Gr.Gosenstr. 14 H. p.

3 Zimmer, Kartoffelacker Kanena, gegen ähnl. Wohn. Halle zu tauschen ges. Off. u. Kl. *973 an den Verlg. Klassenkampf

Ansichtspostkarten empfiehlt **Volksbuchhandlung**

WALHALLA

Dir. Paul Blützgen
8 Uhr Tel. 8385
Ab heute Dienstag, 16. März
Gänzlich neues **Attraktions-Programm**
Die Welt-Sensation Tarzan!
Das Schimpansen-Wunder aus dem Urwald
Ueberall Stadtgespräch!
Kurzes Gastspiel
Heinrich Prang
Deutschlands heiter Komiker mit Gesellschaft
Eine Sonderklasse drastischen Humors
Revin and Pimple
Der komische Kanonenkönig und sein vierbeiniger Partner
Geschwister Saltzoff
Ukrainisch. Meistersch.-Tanzpaar
The two Stuarts
die besten ihrer Art. Lustiger Reck-Barren-Akt
Derfabelh. Mundharm.-Virtuose
Francis Dorny
Einzig in der Welt dastehend
7 Sin-Jung-Dsai 7
Berühmte Org.-Chines.-Truppe in ihren phänom. Darbietungen
Tageskasse ab 11 Uhr — ununterbrochen —

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlg.

Mitteldeutsche Bäckerei-Fach-Ausstellung Halle a. d. S.

Die Erstellung einer [*976
Ausstellungshalle
von ca. 7000 qm überbauter Fläche soll im Wege **öffentlicher Ausschreibung** vergeben werden
Einreichungstermin bis **Mittwoch, den 24. März 1926**
Unterlagen sind anzufordern vom bauleitenden Architekten
F. O. Steinkopff, Henriettenstraße 16, Fernruf 4869

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Alle Kameraden besuchen den Film „Sein Mahnruf".

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Mitgliedskarten und Karteischeine sind sofort einzusenden. Telephon 9012.

Ortsgruppe Halle

Sprechchor. Dienstag, 16. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Probe.

Abteilung 21. Mittwoch, 17. März, abends 8 Uhr, im Lokal Schmidt, Böllberger Weg 58, Abteilungspflichtversammlung.

Jungfront

Bezirk 2 (Süden). Donnerstag, 18. März, abends 8 Uhr, bei Freundlieb Bezirks-Pflichtversammlung. Funktionäre eine Stunde früher.

Bezirk 3 (Westen). Donnerstag, 18. März, abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher" Bezirks-Pflichtversammlung.

Untergau Saalkreis

Arbeitsgebiet Dölau. Donnerstag, 18. März, in Schiepzig Werbebezirksversammlung. Alle Ortsgruppe haben zu erscheinen.

Untergau Merseburg

Merseburg. Dienstag, 16. März, Ueben des Spielmannszuges im Gefangenenlager.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 17. März, abends ½8 Uhr, Pflichtversammlung bei Freudenberg.

Untergau Weißenfels

Am Sonntag, 21. März, findet in Granschütz ein Roter Tag, verbunden mit Fahnenübergabe, statt. Dazu haben sämtliche Ortsgruppen der Untergaue Weißenfels und Zeitz sich geschlossen daran zu beteiligen.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Halle. Dienstag, 16. März, abends 8 Uhr, im Saale der Produktiv-Genossenschaft Funktionärsitzung.

Seeben. Donnerstag, 18. März, abends 8 Uhr, Märzfeier.

Zeitz. Freitag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Werbeabend der Roten Hilfe.

Diemitz. Sonnabend, 20. März, abends 8 Uhr im „Gesellschaftshaus" Märzfeier.

Graua. Sonntag, 21. März, abends 8 Uhr, im Lokal Hausschild Märzfeier.

Delitzsch. Sonntag, 21. März, nachmittags ½2 Uhr, Demonstration zu den Gräbern der Märzgefallenen.

Bacha. Sonntag, 21. März, Gedächtnisfeier.

Ammendorf. Sonntag, 21. März, vormittags 9 Uhr, im Lokal „Deutsches Haus" (Beesen) Märzfeier.

Merseburg. Mittwoch abend 8 Uhr in „Stadt Leipzig" Funktionärsitzung.

Greppin. Freitag, 19. März, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung im Lokal Schmidt.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

10 Aufführungen „Sein Mahnruf"

Alle Einzel- und Korporativmitglieder sind verpflichtet, für den Besuch des Films „Sein Mahnruf" zu werben.

Alsleben. Dienstag, 16., und Mittwoch, 17. März, im UT.

Bitterfeld. Vom Dienstag, 16. März, bis Donnerstag, 18. März, im Welttheater. Mittwoch nachmittag Vorstellung für Erwerbslose und Kinder.

Leimbach. Donnerstag, 18. März, Leimbacher Lichtspiele.

Stedten. Freitag, 19. März.

Helbra. Freitag, 19. März.

Lützen. Freitag, 19. März.

Immer und nur Rahma-buttergleich
MARGARINE

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260316-17/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Betriebsräte, habt Ihr Eure Pflicht erfüllt?

Bei den Einzeichnungen zum Volksbegehren muß immer noch festgestellt werden, daß sich die Arbeiterschaft aus den Betrieben im Vergleich zum Mittelstand und zur Bauernschaft erst ungenügend am Volksbegehren beteiligt hat. Das kann nur darauf zurückzuführen sein, daß

die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre bisher nur ganz mangelhaft auf dem Posten waren.

Was gute Arbeit in erster Linie von seiten der Betriebsräte erreichen kann, zeigt nachstehende Meldung aus dem Ruhrgebiet, wo die Betriebsräte die Einzeichnungen organisieren:

Lüdenscheid. Bis Dienstag, den 9. März, haben sich in Lüdenscheid über 2000 Personen für das Volksbegehren einzeichnen lassen. Damit sind die notwendigen 10 Prozent aller Wahlberechtigten schon erreicht gewesen. Am Dienstagabend befaßte sich eine Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute des DMV. mit der Frage: „Was können wir tun zur Förderung des Volksbegehrens?" Nach gründlicher Aussprache wurde beschlossen: Die Beschäftigten der einzelnen Betriebe, soweit sie sich noch nicht haben einzeichnen lassen, gehen nach Schluß der Arbeitszeit (mittags und abends) geschlossen zu den zuständigen Einzeichnungslokalen. Die Verantwortung für die zweckmäßige Organisierung obliegt den Betriebsräten und den Vertrauensleuten der Gewerkschaft. Um einen zu großen Andrang an einem Tage zu vermeiden, ist eine alphabetische Reihenfolge der Betriebe beschlossen worden.

Es ist uns leider nicht bekannt, daß Betriebsräte im Bezirk Halle-Merseburg ebenso vorbildlich in ihren Betrieben gearbeitet haben. Aber das Versäumte kann nachgeholt werden. Es ist zwar spät, aber noch nicht zu spät. Morgen, Mittwoch, ist der letzte Tag des Volksbegehrens, der von den Betriebsräten unbedingt ausgenutzt werden muß.

Fragt morgen vormittag in allen Abteilungen Eurer Betriebe nach, ob sich schon alle Kollegen eingetragen haben!

Sagt allen Kollegen, daß sie keine Zeit mehr zu verlieren haben, wenn sie den Fürstenraubzug verhindern wollen!

Gebt in sämtlichen Abteilungen die Einzeichnungslokale und Eintragungszeiten bekannt!

Betriebsräte, organisiert den letzten Stoß!

Betriebe heraus!

Ihr habt das letzte Wort!

Drei Wochen Arbeit ohne Lohn

Städtische Neubauten, Artilleriestraße

Unerhörte Zustände herrschen bei der Firma Gustav Haege, Halle, Delitzscher Straße 74a. Hier heißt es: Nur Arbeit kann uns retten! **Aber daß die Arbeiter auch Lohn zu ihrem Lebensunterhalt gebrauchen,** wird nicht beachtet. **Wir arbeiten nun bereits drei Wochen ohne Entgelt.** Eine Woche bleiben 10 Mk. Rest. Die nächste Woche bekommen wir überhaupt nichts, und so arbeiten wir auch heute noch ohne Geld. Herr Wissing, der Geschäftsführer, hat **den Lohn unterschlagen,** so können die Arbeiter ja von der Luft leben. Als wir bei der Stadt vorstellig wurden betr. Arbeitslosenunterstützung, wurden wir **abgewiesen** mit der Begründung, wir ständen ja in Arbeit; so brauchten wir nur zu arbeiten, um Geld zu verdienen.

Meine Frau soll notwendig ins Krankenhaus aufgenommen werden. Ich kann sie aber nicht dorthin bringen, weil ich keinen Lohn bekomme. Was fragt aber der Herr Haege danach: es ist ja **nur eine Proletarierfrau!** Nun sagte uns der Meister, das Geld wäre schon wieder zur Stelle. Als wir aber nachforschten, hatte er uns wieder einmal beschwindelt. Proleten, schließt Euch zusammen und **helft alle mit,** diesem System ein möglichst schnelles Ende zu machen.

Die Zustände auf Baustelle Neue Hütte, Großkörner

Firma Pfeiffer, Halle a. d. S.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß auf einer Baustelle, wo eine Belegschaft von 70 Mann in Frage kommt, noch solche Zustände herrschen. In der Baubude haben kaum 30 Mann Platz, ausgefegt wird sie überhaupt nicht, weil keinerlei Fußboden vorhanden ist. In solch einem tiefliegenden Gelände eine Baubude ohne Fußboden! — Daß Stiefel und Pantoffeln steckengeblieben sind, ist keine Seltenheit. Feuer darf der Lehrjunge nicht machen, das Holz kann eher verfaulen, obensalls die Sachen von den Kollegen.

Es sind Kollegen da, die **alle Tage 8, 10, 15 und noch mehr Kilometer mit dem Rade fahren und die täglich 15 Stunden unterwegs sind.** In den letzten Wochen gab es selten einen Tag, wo es nicht geregnet hat, die Sachen werden überhaupt nicht mehr trocken. Im Tarif heißt es, daß vom 1. Oktober bis 1. April Feuer in der Baubude sein muß. **Aber kein Mensch fragt nach dem Tarif.** Für die Hilfsarbeiter kommen pro Stunde 77 Pfennig in Frage, aber sie bekommen nur 62 Pfennig. Hier gibt es Arbeit für den **Bautenkontrolleur** und für die **Unfall-Berufsgenossenschaft,** denn Krankheiten und Unfälle können hier in vielen Fällen sehr wohl verhütet werden.

Kollegen, Ihr wollt bestimmt nicht, daß solche Zustände noch länger bestehen bleiben. Sollen Euch auch noch die letzten Rechte, die sich die Bauarbeiterschaft unter schweren Opfern erkämpft hat, genommen werden? Kollegen, wir rufen Euch zu: **Organisiert Euch im Baugewerksbund, wählt Euch einen Bauclegierten und macht** endlich Schluß mit diesen schandmäßigen Zuständen!

Der Todesfall der Saigerhütte

Mansfeld A.-G.

Auf die **Berichtigung der Mansfeld A.-G.** in Nr. 57 des „Klassenkampf" wird uns von unserem Arbeiterkorrespondenten geschrieben:

Es entspricht nicht der Wahrheit, wenn die Mansfeld A.-G. behauptet, der **Former Habermann** wäre nicht gekündigt, sondern feststeht, daß der Former Habermann sowie noch andere ältere Former von der Werksleitung darauf hingewiesen worden sind, zu Hause zu bleiben und ihre Pensionierung zu betreiben. **Ist das keine Kündigung?**

Des weiteren hat der Former Habermann den Abend vor seinem Tode erklärt, daß er gern in der Hofkolonne arbeiten wollte, daß **die Werkleitung das aber abgelehnt hätte.** Infolgedessen kann es auch wohl nicht ganz stimmen, wenn man jetzt berichtigt, daß Habermann mit der ihm von der Werksleitung zugewiesenen Arbeit vollkommen einverstanden gewesen sei. Habermann wollte mit der Gießerei nichts mehr zu tun haben. Dieselben Angaben wurden auch einige Tage nach dem Tode des Habermann von dem Betriebsratsvorsitzenden gemacht.

Wenn nun derselbe Vorsitzende gegenüber der Mansfeld A.-G. wirklich erklärt hat, Habermann habe aus rein persönlichen Gründen (Vermögensverluste, Verpflichtungen wegen Aufwertung von Hypotheken usw) den Tod gesucht, so straft derselbe Vorsitzende seine eigenen früheren Angaben Lügen.

Wenn die Mansfeld A.-G. versucht, die Werksleitung der Saigerhütte reinzuwaschen, so wird es doch nicht gelingen. **Die Belegschaft der Saigerhütte weiß genau Bescheid über den Fall Habermann** und läßt sich durch keine Berichtigung irre machen. Uns ist das Antreibesystem in der Gießerei genau bekannt. Die in Frage kommenden Herrschaften mögen sich gesagt sein lassen:

„Einst kommt der Tag der Freiheit und der Rache,
dann werden wir die Richter sein."

Doppel-Ausbeutung der Mansfeld-Kumpels

Auslandskredite für die Mansfeld A.-G.

Die Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb hat von einem internationalen Bankenkonsortium einen Kredit von 9 Mill. R.-Mk. auf einige Jahre zu als günstig bezeichneten Bedingungen für ihre Berliner Handelsorganisation, die Mansfeldsche Metallhandels A.-G. erhalten. Das Konsortium besteht aus Brown Bros. Neuyork, International Acceptance Bank Neuyork und N. M. Rothschild u. Sons London. Der Kredit hat den Zweck, die Exportorganisation weiter auszubauen und zu finanzieren. Unabhängig davon werden Verhandlungen mit einer amerikanischen Bankengruppe wegen Gewährung einer langfristigen Anleihe geführt, die unmittelbar vor dem Abschluß stehen.

Die Unternehmer pfeifen auf das Gesetz

Zur Betriebsratswahl auf Grube „Emma", Lützendorf

Bei der am 5. März stattgefundenen Belegschaftsversammlung der Grube Emma, welche Stellung nahm zur Aufstellung der Kandidatenlisten, wurde unmittelbar nach Stattfinden der Versammlung **der Kollege M., welcher als Spitzenkandidat vorgeschlagen war, fristlos entlassen.** Eine Begründung verweigerte man. Was der eigentliche Grund dieser Entlassung ist, dürfte in diesem Falle jedoch nicht schwer festzustellen sein: Bisher war es auf diesem Musterwerk, welches zum Leunakonzern gehört, üblich, daß man es der Direktion überließ, die Betriebsräte zu bestimmen. Nachdem nun aber die Kumpels aus der Tätigkeit dieser Sorte Betriebsräte ihre Erfahrungen gesammelt haben und, wie ihnen das sogar gefällig zutteilt, **selbst ihre Betriebsräte vorschlagen und wählen** wollen, merkt die Betriebsleitung, daß es schließlich im nächsten Jahre nicht ganz so gemütlich zugehen wird, wie das bis dato der Fall war.

Um nun die Kumpels einzuschüchtern, damit sie Abstand nehmen von ihren Rechten, entläßt man kurzerhand den Kandidaten.

Kameraden und Genossen! Das dürft Ihr unter keinen Umständen ruhig hinnehmen und Euch abermals bieten lassen, daß man Euch wieder gelbe Betriebsräte auf die Nase setzt. **Geschlossen wie ein Mann** müßt Ihr Euch gegen diese Ungeheuerlichkeit wehren, indem Ihr **nun erst recht von Euren gesetzlich festgelegten Rechten Gebrauch macht** und Euch Betriebsräte wählt, die wirklich das proletarische Interesse vertreten. Sorge jeder einzelne dafür, daß die wenigen **gelben Sumpfblüten** schnellstens merken, daß Ihr mit diesen Unternehmerknechten nichts gemein haben wollt. **Wählt freigewerkschaftlich organisierte Betriebsräte** und kehrt zurück in die freien Gewerkschaften, nicht nur zu 50 Prozent, sondern geschlossen.

Wie Bergproleten behandelt werden

(Arbeiterkorrespondenz)

Im Schlafhaus der **Beunaer Kohlenwerke** treibt der Verwalter Seyfert sein Unwesen. Sobald er mit irgendeinem „Schlafburschen" in Meinungsverschiedenheiten gerät, kündigt der willkürliche Herr dem Betreffenden, der ihm die „Wahrheit gesteckt" hat, sofort das Wohnverhältnis. Vor einigen Tagen war das wieder einmal der Fall. Er erklärte einem Arbeiter, den er besonders auf dem Zuge hatte, daß derselbe **seine Bude bis mittags 2 Uhr räumen** müßte. Der Kollege bemühte sich um ein anderes Logis, konnte aber in der kurzen Zeit keins finden. Tags darauf teilte ihm der Betriebsführer Hanke vom Abraum mit, daß er entlassen würde, falls er bis Freitag im Schlafhause nicht Luft gemacht hätte. Obendrein stellte sich noch der Landjäger Spiegel ein, der ebenfalls eine Frist setzte zum Räumen der Bude. Woher er der dienstlichen Befehl zum Eingreifen bekommen hat, weiß der liebe Himmel. Natürlich mußte der Kollege einer solchen Uebermacht von Kapitalismus und Staatsgewalt weichen. Er nahm seine sieben Sachen und verschwand aus dem Geiseltal.

Der Vorfall zeigt wiederum, daß sich die Kollegen im Bergarbeiterverband organisieren müssen und daß sie einen **Betriebsrat** brauchen, der nicht dem gelben Knappenverein, sondern dem BAV. angehört. Handelt danach!

Eldorado Rettelsdorf

(Landarbeiterkorrespondenz)

Ein wahres Paradies für Landarbeiter scheint bei dem Gutsbesitzer Reinicke zu sein. Er zahlt den Arbeitern nicht nur nicht das ihnen zustehende Geld für Handwerkszeug richtig aus, er behandelt sie obendrein noch, als wenn heute noch mittelalterliche Zustände herrschten. Er kommt damit durch, weil die Leute im Stahlhelm und Luisenbund organisiert sind und eine freigewerkschaftliche Organisation nicht kennen.

Am 28. Januar hatte ein junger Geschirrführer etwas bei der Arbeit versehen, so daß ein Schaden von etwa 2 Mark entstand. Als nun gegen Feierabend der junge Landarbeiter beim Füttern der Pferde war, kam unser Herr Reinicke in den Stall und ergoß sich in Redensarten, die in keinem Lexikon zu finden sind. Er faßte den Arbeiter dabei an der Kehle und würgte ihn, daß ihm die Luft ausging, warf ihn aus dem Stalle und trat und schlug auf ihn ein. Er verweigerte der Mutter dann den Lohn für den Sohn und kündigte auch dem Vater, der dort Landarbeiter ist.

Ihr Landarbeiter seht, daß auch Stahlhelm und Luisenbund nicht vor Arbeitslosigkeit und Gewalttätigkeiten der besitzenden Sadisten schützt. Darum schließt Euch zusammen im Deutschen Landarbeiterverband. **Nur geschlossen sind wir eine Macht!** Schließt Euch an an die Front der Ausgebeuteten, nur so könnt Ihr diesen Herren Paroli bieten.

Unser Artikel hat gesessen

Rittergut Merzdorf

Der Besitzer vom Rittergut Merzdorf ist der bekannte Großagrarier Baron v. Rochow. Verwalter wird der Betrieb von seinem Gesinnungsgenossen, dem Stahlhelmmitglied Inspektor Hermann. Dieser Inspektor beschwerte sich in einer Versammlung, daß er und sein Herr im „Klassenkampf" angerempelt worden sind, und pries das köstliche Leben seiner Untertanen. Wie dieses köstliche Leben in Wirklichkeit aussieht, sollen folgende Tatsachen zeigen, die von uns durch Radio, Welle 50, abgefangen wurden:

Ein verheirateter Landarbeiter erhält den **Stundenlohn von 20 Pfennig.** Das macht bei acht Stunden, ausschließlich Futterzeit, pro Woche 9,60 Mark. Dazu kommt ein Futtergeld von pro Woche 2 Mark, also zusammen 11,60 Mark, und **pro Jahr 603,20 Mark.** Das Deputat besteht aus:

14 Zentner Roggen, à Zentner 8 Mark = 112 Mark
60 Zentner Kartoffeln, à Zentner 2 Mark = 120 Mark
20 Zentner Runkelrüben, à Zentner 1 Mark = 20 Mark
Wohnung (lies: Löcher. D. R.) = 60 Mark
ein Morgen Land = 20 Mark.

Das macht einen Gesamtverdienst von 935,20 Mark. Hiervon gehen ab pro Woche 1,05 Mark für Kassenbeiträge, bleibt also ein **Reinverdienst von 881,60 Mark.** Nun, Ihr Herren Gewaltigen, stimmt das? Wenn nicht, dann bitte rechnet es uns anders vor.

Die **Wohnungen** der Landarbeiter sind im schlimmsten Zustande. Bei einem fällt man gleich hinein, wenn man die Augen beim Eintritt nicht offen hat. Der Arbeiter hat sich auf eigene Kosten einen Lichtschacht angebracht. Bei einem anderen sind **die Schlafräume so eng, daß er ein Bett kürzer sägen mußte usw.** Also ein Trauerspiel, und da erdreistet sich der Herr Inspektor, zu erklären, daß die Arbeiter bedeutend besser lebten als er! Einer der größten Landwirte erklärte selbst: „Was sich die Inspektorsfamilie leistet, das können wir nicht!" Nun, wir glauben das gern, denn böse Zungen sprechen von großen Diners ein paarmal in der Woche.

Diese Zustände zu beseitigen, ist die Aufgabe der **Landarbeiter und Landarbeiterinnen selbst. Kein anderer kann sie ihnen abnehmen!** Eintritt in den Deutschen Landarbeiterverband und in die rote Klassenfront aller Ausgebeuteten und die Wahl von **Gutsräten** sind die wichtigsten Vorbedingungen. An die Stelle der „Liebenwerdaer Tante" muß in jedem Hause der **„Klassenkampf"** treten.

Wir hoffen, daß sich die beiden Herren v. Rochow und Hermann wieder recht schön äußern, dann warten wir mit mehr Material auf.

Wer im Glashau'e sitzt, soll nicht — — —!

Stickstoffhölle Piesteritz

Eine kleine nächtliche Episode mit — komischem Ausgang soll heute geschildert werden. Kürzlich wurde nachts in der Karbid-Brecherei ein Arbeiter (Geheimkontrolleur) von der Feuerwehr auf der ein Meter breiten Laufbahn der Greiferkrähne des Rohmaterials verhaftet. Es kommt vor, daß Arbeiter in der Nachtschicht vor Schwäche einnicken — und in diesem Zustande von Feuerwehrleuten angetroffen werden. Das ist jedoch hier nicht der Fall. Dieser „Arbeiter" war auf Lauscherposten gestellt worden, um unbeobachtet zu kontrollieren, ob auch alle Wagen gezählt und gewogen werden. — Warum man einen Arbeiter auf solchen gefahrbringenden Posten, wie die Laufbahn, stellt, bleibt vorläufig das Geheimnis der Drahtzieher. Es sollen wieder (!) 30 bis 40 Tonnen Karbid fehlen. Ihr Proleten sollt ihn gemaust haben. — Wo sollte er sonst geblieben sein! Wir werden gleich sehen, ob das wahr ist. Die Herrschaften, die die Kontrolle angeordnet haben, sollten einmal bei sich anfangen zu kontrollieren, denn daß in Stickstoff nur „engros" gestohlen wird, pfeifen doch die Spatzen vom Dache, besonders die im Co.-Ofenhaus.

Vor einiger Zeit hat der schlaue Reinhold volle Karbidpfannen von Ofen 7 und 5 nach Ofen 6 schaffen lassen, wo zurzeit Probekarbid gemacht wurde. Ist das keine Mogelei? Wir sagen, wer erst einmal bei der Braut geschlafen, der geht auch das zweite Mal hin — oder ist zu Dingen fähig, die man so im alltäglichen Leben eine kleine Schiebung nennt. **Was sagt Ihr Vorarbeiter und Wieger des Co.-Ofenhauses?** Hand auf's Herz — stimmt das nicht? Den Unter- und Oberbefehlshabern rufen wir aber zu: In der Karbid-Brecherei kann das „Defizit" unmöglich liegen. Dort ist — nebenbei bemerkt — doch auch ein ständiger Kontrolleur! Kehrt vor Eurer Tür, statt in anderen Betrieben herumzuschnüffeln. — Und unserm lieben Reinhold rufen wir als sachende Dritte zu: Sag das nächste Mal der Feuerwehr Bescheid, wenn Du wieder mal mit Spionen arbeiten willst, damit man sie Dir nicht wieder verhaftet, — verstehste, es ist wegen der Blamage!!

Uebrigens soll es wohl doch **nach den Unfallverhütungsvorschriften strengstens verboten sein,** sich auf der Fahrbahn der Greifer aufzuhalten. Unserer Meinung nach hat sich der Auftraggeber **strafbar** gemacht. Es ist ein Spiel mit Menschenleben. **Was sagt die Direktion?** Wird die eine Krähe der anderen die Augen aushacken? Arbeitskollegen, wie könnt Ihr Euch zu solcher gefährlichen Arbeit mißbrauchen lassen! Ihr braucht nur ein wenig einzunicken und schon reißt Euch der Kran in die Tiefe. Was übrigbleibt, sind zerschlagene Knochen. Besinnt Euch! Steht gerade, wenn der Fall untersucht wird, meldet alles dem Betriebsrat!

Habt acht auf die Betriebsrätewahlen!

Farbenfabrik Anilin Wolfen

Vor vierzehn Tagen wurden vom Fabrikarbeiterverband bei der **IG. Agfa, Wolfen,** die **Vorschlagslisten zur Betriebsrätewahl aufgestellt.** Die Abstimmung erfolgte durch Unterschriften. Im Betrieb Sapa-Werft I und II kamen zwei Kollegen des Fabrikarbeiterverbandes in Vorschlag. Der bisherige Vertrauensmann der Abteilung, welcher schon lange nicht mehr das Vertrauen der Kollegen besaß — er hatte sich u. a. für die 10-Stunden-Schicht an Sonntagen eingesetzt —, brachte 13 Unterschriften auf, der zweite Vorschlag, Koll. Wölke, erhielt 118 Unterschriften. Jetzt sind die Vorschläge durch Aushang in den Betrieben bekanntgegeben und siehe da, der Vorschlag mit 13 Stimmen prangt auf der Liste und **der Vorschlag mit 113 Stimmen (also neunfache Mehrheit) ist nicht zu finden.**

Zur Rede gestellt, erklärte der Betriebsrat, daß der erste Kandidat schon mehrere Jahre Funktionär sei und Wölke erst einige Jahre Verbandsfunktionär sein müsse, ehe er auf die Liste kommen könne. **Das Vertrauen der Kollegen ist nicht maßgebend.**

Kollegen der Sapa-Werft, laßt Euch eine derartige Behandlung von Eurem Betriebsratsvorsitzenden nicht gefallen. Er hat die Euch zustehenden Rechte gröblich verletzt. Erhebt schärfsten Protest und beruft **sofort eine Belegschaftsversammlung** ein und fordert Rechenschaft über eine derartige Handlungsweise.

Sorgt in den Betrieben für hundertprozentige Einzeichnung zum Volksbegehren!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260316-17/fragment/page=0005

Wieder keine Zeit für die Arbeiter

Neue Erwerbslosenforderungen an die Stadtverordnetenversammlung — Ordnungs-Busse möchte die Eingabe der gemaßregelten Zuckerraffinerie-Arbeiter unterschlagen — Wertzuwachssteuerordnung nach dem Motiv: „Wasch' mir den Pelz, aber mach' ihn nicht naß" — SPD. gegen den kommunistischen Antrag auf gehörige Besteuerung unverdienten Wertzuwachses — Blanko-Etatsvollmacht für den Stahlhelm-Magistrat — Finger, der Scharfmacher gegen die städtischen Arbeiter, bekommt seine Belohnung

Halle, 16. März.

Die Methoden des Ordnungsblocks, für sich und den von ihm beauftragten Magistrat alles herauszuholen, für die Arbeiterschaft dagegen auch die notwendigen Ausgaben auf das möglichste Minimum zu beschränken, haben in der gestrigen Stadtverordnetensitzung wieder einmal Erfolg gehabt und die absolute Klassenpolitik des Ordnungsblocks bewiesen. Auf der Tagesordnung standen 14 Punkte, abgesehen von den nichtöffentlichen, und es wurden nur solche öffentlichen Punkte behandelt, die dem Magistrat irgendwelche Forderungen gewähren konnten, nicht aber eine Reihe wesentlicher und seit langem schon gestellter Anträge für Notstandsarbeiter, ausgesperrte Zuckerraffinerie-Arbeiter, Metallarbeiter usw. Herr Busse bewies wiederum, daß er überhaupt nicht daran denkt, auch nur so etwas wie Demokratie vorzutäuschen, sondern er unterdrückte aufs brutalste oft Möglichkeiten einer regelrechten Abstimmung. Das Ganze endete damit, daß die öffentliche Sitzung nach 8 Uhr geschlossen wurde und daß eine Reihe wichtiger Anträge liegen blieben. Die auf der Tribüne befindlichen Arbeiter, die gekommen waren, um die Behandlung gerade dieser Anträge zu hören, machten ihrer Meinung in nicht mißzuverstehenden Zwischenrufen Luft, und als man erleben mußte, daß zwei Tage vor Schluß des Einzeichnungsvermerks zum Volksbegehren ein entsprechender Antrag von Herrn Busse wieder zurückgestellt wurde, forderten die Tribünenbesucher auf, sich in die Listen zum Volksbegehren einzuzeichnen, legten jedoch den auf der rechten Seite stehenden Fürstenlakaien ebenfalls deutlich klar, daß man auch ohne deren Stimme auskomme.

Eine äußerst interessante Haltung nahmen gestern die Demokraten, jene Reichsbannerkameraden der SPD., ein. Bei manchen Abstimmungen stimmte die Hälfte der demokratischen Fraktion für, die andere Hälfte gegen einen Antrag. Auch bei der wichtigen Wertzuwachssteuerordnung. Diesmal war es besonders Frl. Fehse, die auffiel. Sie hüpfte einmal hoch bei der Abstimmung, ein anderes Mal wieder blieb sie sitzen, sie handelte aber in keinem Falle nach Grundsätzen, sondern nach irgendeinem Gefühl, das alles andere als politische Logik hatte.

Sie wurden allerdings übertroffen von der SPD., die erklärte, die kommunistischen Forderungen zur Wertzuwachssteuer seien richtig, die aber trotzdem für Staffelung nach dem kommunistischen Antrag eintraten.

Die nichtöffentliche Sitzung, die im Anschluß an die öffentliche folgte, hat nun doch dem Herrn Geheimrat Finger seine 3000 Mk. zugesprochen. Wir haben festgestellt, daß Finger **mit vollem Gehalt pensioniert** ist, und es erscheint völlig rätselhaft, wozu er noch diese 3000 Mk. Aufwandsentschädigung braucht. Vielleicht muß er sich gut pflegen, um seinen Scharfmachergeist nicht abstumpfen zu lassen.

★

Sitzungsbericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird vom Stadtverordnetenvorsteher eine **Resolution des Erwerbslosenausschusses** verlesen, in der gefordert wird, eine sofortige Wirtschaftsbeihilfe von 50 Mark für jeden Erwerbslosen, und für die Erwerbslosen, bei denen Kinder zu Ostern in die Schule oder aus der Schule kommen, eine besondere Beihilfe. Ferner wird unentgeltliche Speisung der Erwerbslosen und die Inangriffnahme großer Notstandsarbeiten bei tariflicher Bezahlung verlangt.

Der Fall Dryander, den wir bereits vor einigen Tagen zur Kenntnis gegeben haben, wird in verschiedenen Anfragen behandelt. Petersdorff (SPD.) stellt eine mündliche Anfrage an den Magistrat, der zwei schriftliche Anfragen von der SPD.- und KPD.-Fraktion folgen.

Die Anfrage der KPD. hat folgenden Wortlaut:

„Ist dem Magistrat bekannt, daß die „Hallesche Zeitung" geschrieben hat, der Brief der Firma Christoph & Unmack, Riesa, betreffs Straßenbahnwagen sei ihr vom Stadtrat Dryander übergeben worden, mit der Bemerkung, der Magistrat wünsche seine Veröffentlichung. Da nach dem Verhalten des Magistrats in der Stadtverordnetensitzung, in der der Fall Riesa-Lindner besprochen wurde, geschlossen werden mußte, daß er gleichfalls die Veröffentlichung nicht gewünscht hat, fragen wir hiermit: Hat der Magistrat die Veröffentlichung dieses Briefes gewünscht oder nicht?"

Bürgermeister Seydel ist der Ansicht, daß man dies nicht behandeln könne, ohne vorher Dryander gefragt zu haben. Herr Dryander ist nämlich — wie vorauszusehen und von uns schon angedeutet worden war — nicht erschienen.

Genosse Freund beantragte, Punkt 15, der eine Gehaltszulage von 3000 Mark für den Geheimrat Finger vorsieht, in der öffentlichen Sitzung zu behandeln. Busse verlangt, daß das jetzt nicht besprochen werden darf. Als in die Tagesordnung eingetreten werden soll, wird vom Genossen Günther angefragt, wo

die Eingabe der Zuckerraffinerie-Arbeiter

an die Stadtverordnetenversammlung bliebe. Busse behauptet, diese dem Magistrat zugeschrieben zu haben, und der habe sie noch nicht bearbeitet. Gegen diese Art, die zur Unterschlagung von Eingaben führen kann, erhebt Genosse Kilian schärfsten Protest. Er bezeichnet das als eine noch nie dagewesene Praxis. Trotzdem widerspricht Busse verschiedene Male, behauptet aber dann plötzlich, der Magistrat habe die Eingabe nun schon geprüft und sie würde zur Erledigung kommen.

Die Behandlung der ersten drei Punkte erfolgt debattelos. Es handelt sich um Wahlen und Ersatzwahlen in verschiedene Ausschüsse und Kommissionen. Dann setzt die Diskussion über die

Wertzuwachssteuerordnung

ein. Dr. Hirsch und Geheimrat Finger berichten für den Rechts- und Verfassungs- und den Haushaltungsausschuß. Beide halten große eindringliche Reden, besonders Herr Finger bildet sich ein, ein Kolleg abzuhalten und holt überall Paragraphen für die Erläuterung der Wertzuwachssteuer hervor. So ausführliche Besprechung einer Vorlage ist überhaupt noch nicht erlebt worden, aber der Grund dafür ist sehr einfach. Es handelt sich um eine Steuer, die notgedrungen eingeführt werden muß,

die aber die Besitzenden belastet, und die deshalb von der besitzenden Klasse so niedrig wie möglich bezahlt werden soll.

Aber nicht nur diese beiden Juristen hatten es sich angelegen sein lassen, über die Wertzuwachssteuer ausführlich zu referieren. Zu ihnen gesellte sich noch der Rechtsanwalt Gumtz, ebenfalls vom Ordnungsblock, der eine Reihe Abstriche und Milderungen für die armen Inflationsgewinnler beantragte. Selbst Bürgermeister Seydel war gezwungen, festzustellen, daß diese Forderungen im Magistrat allgemeine Heiterkeit hervorrufen würden und wandte sich sehr scharf gegen die Forderungen des Ordnungsblocks.

Genosse Kilian erläutert nunmehr ausführlich, was die Wertzuwachssteuer sein soll und was die Bürgerlichen aus ihr machen wollen. Eine riesenhafte Zahl von Menschen wird durch Zwang zu einer Steuer verpflichtet, nämlich zu der Lohnsteuer, die vollkommen brutal eingezogen wird, indem 10 Prozent des Lohnes einbehalten werden. Wenn man das bedenkt, so gehört allerdings sehr viel dazu, den Versuch zu machen, von der Wertzuwachssteuer, die einmal die Besitzenden treffen soll, etwas abzuhandeln. Die Reichsregierung, die diese Steuer den Gemeinden zur Verfügung stellt, hat geglaubt, daß es jetzt, nach der Inflationszeit, möglich sein würde, ungerechtfertigte Gewinne zu erfassen. Es scheint so, daß in Halle eine Menge Leute sind, die zwar sonst der Reichsregierung sehr nahe stehen, sich aber hier von ihr keine Vorschriften massen lassen wollen.

Sie lassen lieber die kleinen Leute, die Bedürftigen, zahlen, aber sie selbst wollen nichts geben.

Die Wertzuwachssteuer ist in Anwendung gekommen, weil sie die gerechteste Art der Besteuerung bedeutet. Genosse Kilian geht dann ausführlich auf die Magistratsvorlage ein und stellt selbst Verbesserungsanträge dazu. Die Steuer soll darin eine Veränderung erfahren, daß sie nicht nur Grundstücke erfaßt, deren Ankauf 1919 stattgefunden hat, sondern sie soll zurück ausgedehnt werden bis auf Juli 1914. Es sollen auch die Geschäfte, die in der Kriegszeit, im ersten und zweiten Kriegsjahr, stattgefunden haben, die sogenannten Angstverkäufe, erfaßt werden. Damals ist es oft vorgekommen, daß man für ein Butterbrot große Grundstücke weggegeben hat.

Eine allgemeine Festsetzung der Steuer von 30 Prozent vom Wertzuwachs ist nicht richtig. Es gibt z. B. Gewinne, die noch höher als 100 Prozent sind, weshalb soll man da nur bei 30 Prozent stehen bleiben? Deshalb schlagen wir folgende Staffelung vor:

Bei 30 Prozent Wertzuwachs 20 Prozent Steuer, denn die Leute, die nur einen ganz geringen Gewinn gemacht haben, muß man niedriger veranlagen, als es in der Ordnung vorgesehen ist;

bei 50 Prozent Wertzuwachs 35 Prozent Steuer;
bei 70 Prozent Wertzuwachs 50 Prozent Steuer;
bei 90 Prozent Wertzuwachs 65 Prozent Steuer;
bei 110 Prozent Wertzuwachs 80 Prozent Steuer.

Genosse Kilian erläutert die Durchführung dieser Staffelung an praktischen Beispielen. Dann geht er auf Geschäfte ein, die besonders herangezogen werden müssen, und zwar die, die innerhalb eines Jahres gemacht worden sind. Es wird deshalb verlangt, daß an den § 13 der Steuerordnung, der vorsieht, 30 Prozent vom Wertzuwachs als Steuer zu erheben, angefügt wird, daß bei Geschäften, die innerhalb eines Jahres vorgenommen wurden, sich die Steuer um weitere 10 Prozent erhöht.

In diesem Falle kann die Wertzuwachssteuer einer konfiskatorischen Maßnahme gleichkommen, aber es ist nicht einzusehen, warum man solche Maßnahmen nicht treffen soll in einem Falle, wo ohne jede Arbeitsleistung Gewinne erzielt worden sind.

Die Strafbestimmungen für diese Steuer sind noch nicht scharf genug. Wir beantragen deshalb eine weitere Verschärfung, die darauf hinausgeht, daß im Falle von Steuerhinterziehung, die einem Betrug gleichkommt, alle Strafgesetze oder Vorschriften der allgemeinen Steuerordnung angewendet werden. Wir wissen, daß die Steuerdrückeberger im kapitalistischen Lager versuchen, die Strafbestimmungen nicht wirksam werden zu lassen. Deshalb wird gefordert,

daß bei vorsätzlicher Steuerhinterziehung außer den Strafen der gesamte Wertzuwachs eingezogen wird.

Diese Anträge sind vollkommen gerecht und müssen angenommen werden.

Nun ergreift Hausbesitzer Thier das Wort und bewegt sich wie der Elefant im Porzellanladen, indem er die Steuerscheu der Hausbesitzer in dürren Worten aufzeigt. Er stellt den Antrag einer Staffelung nach unten, die einfach lächerlich ist und als Höchstsatz 25 Prozent Wertzuwachssteuer genehmigen soll. Im weiteren Verlauf der Debatte kann man sehen, wie sich verschiedene Mitglieder des Ordnungsblocks in den Haaren liegen, weil sie erbittert um die Abstriche bei der Ordnung kämpfen. Stadtverordneter Wilke (SPD.) behauptet, daß die Forderungen der kommunistischen Fraktion in der Höhe ihm nicht zu viel erscheinen, bekennt sich aber trotzdem zur Magistratsvorlage. Das nennt man echt sozialdemokratische Konsequenz.

Nachdem Herr Starke versucht hatte, ein bißchen diplomatisch einzurenken, was sein Fraktionsfreund Thier verbockt hatte, ergreift Genosse Kilian nochmals das Wort und wendet sich entschieden dagegen, daß die Wertzuwachssteuer nur Inflationsgewinne erfassen will, sie soll überhaupt **jeden ungerechtfertigten Gewinn erfassen.** Aber die Moral des Bürgerblocks gipfelt darin: der Kapitalist soll so viel verdienen können wie es ihm beliebt.

Die Abstimmung ergibt **Ablehnung der kommunistischen Forderung,** daß die Steuer bereits vom Juli 1914 zurück gelten soll, gegen die Stimmen der KPD. und SPD. Eine Abänderung zu § 5, die vom Rechtsanwalt Gumtz gefordert wurde, wird dagegen auch abgelehnt. Abänderung zu § 7, den Wertzuwachs nach dem Reichsindex zu berechnen, wird angenommen. Ein Zusatzantrag Wilke, daß dem Erwerbspreis hinzuzurechnen sind alle nachgewiesenen notwendigen Ausgaben, wird abgelehnt, dafür wird beschlossen, daß alle nachgewiesenen Ausgaben für bestimmte Dinge hinzugerechnet werden sollen.

Jetzt leistet sich Herr Busse die Ungeheuerlichkeit, zu fragen, wer ganz allgemein für eine Staffelung der Steuer sei. Es erhoben sich die beiden Fraktionen, die einen Antrag dafür gestellt hatten, nämlich die kommunistische und die Hausbesitzerfraktion. Nun behauptet Busse, jeder Antrag auf Staffelung sei abgelehnt, da dies nicht die Mehrheit sei, und somit seien sämtliche Staffelungsanträge hinfällig und weiter würde nicht mehr abgestimmt werden. Genosse Kilian protestiert aufs entschiedenste gegen diese Art der Abstimmung, die zwei Gruppen vereinigt hätte, die das absolut Entgegengesetzte wollen. Die einen wollen eine Staffelung nach oben, die anderen eine Staffelung nach unten. Busse läßt sich jedoch nicht beirren und behauptet nunmehr, nach einer Abstimmung über die gesamte Steuerordnung, daß die 30prozentige Wertzuwachssteuer angenommen ist.

Genosse Kilian erklärt,

daß die kommunistische Fraktion für die 30 Prozent gestimmt hätte, wenn Busse eine ordnungsgemäße Abstimmung hätte erfolgen lassen.

Die Art seiner Geschäftsführung fordere das schärfste Mißtrauen heraus und wir werden daraus die Konsequenz ziehen und auch in Zukunft das schärfste Mißtrauen bekunden.

Wieder städtische Lokale an Faschisten verpachtet

Die Bergschenke hat der Herr Riecke bekommen. Das ließ die Herren vom Ordnungsblock nicht ruhen, und so müssen jetzt auch Zoo und Wittekind daran glauben und schwarzweißrote Pächter erhalten. Schon im Oktober vorigen Jahres wurde von der Ordnungsblock-Mehrheit die Aufhebung der eigenen Regie für diese beiden Lokale beschlossen, und nun gehts um die Personen, die aus Zoo und Wittekind den Profit für sich — nicht aber für die Stadt — herausholen sollen.

Für Bad Wittekind hat sich der jetzige Geschäftsführer Zschenge gemeldet, jener Herr, der Wittekind zu einem Faschistenlokal gemacht hat.

Für den Zoo hat man sich aus Berlin einen Bewerber geholt, weil man bekanntlich die heimische Geschäftswelt unterstützen will. Dieser Punkt rief denn auch eine lebhafte Aussprache hervor. Stadtverordneter Schaumburg (SPD.) erklärte für seine Fraktion, gegen die Magistratsvorlage zu stimmen, erstens weil sie grundsätzlich für eigne Regie wären und zweitens, weil die Bewerber nicht die geeigneten Personen dafür sind. Er macht dem Stadtrat Joest den Vorwurf, daß dieser bei der Beratung des Punktes, der auch ihn angehe, von der Bildfläche verschwinde, und gibt an,

daß die Verpachtung schon mit Sekt gefeiert worden sein soll. Herr Herold dürfte davon unterrichtet sein.

Genosse Kutzschbauch erklärt sich im Namen der kommunistischen Fraktion ebenfalls selbstverständlich für eigene Regie und weist im übrigen nach, daß der jetzige Geschäftsführer des Wittekind, Zschenge, völlig unfähig für die Leitung dieses Betriebes sei. Das ist sogar schriftlich bewiesen. Er hat außerdem zugegeben, daß er mit seinem Gehalt von 10 000 bis 12 000 Mark jährlich nicht in der Lage ist, den Betrieb weiterzuführen. Auch in einer Vorlage, die noch von Dr. Kniesche überreicht wurde, ist festgelegt, daß Zschenge nicht in der Lage sei, der Stadt das Geschäft so zu übergeben, wie es notwendig wäre.

Dutzende von Belegen mußten erst nachträglich eingetragen werden.

Eine weitere unerhörte Zumutung ist die Verpachtung des Zoo an einen Berliner Bewerber. **Aber hinter diesem steht ein hallisches Bankhaus** (Zuruf: Herr Lehmann wird schon wissen, wer gemeint ist), und auch hinter Zschenge steht eine hallische **Bank.** Deshalb will man auf der rechten Seite diesen Herren die Lokale zuschanzen.

Es wird zweite Lesung für diese Vorlage verlangt und angenommen. Die Abkimmung ergibt Annahme der Magistratsvorlage durch die rechte Mehrheit.

Erhöhung des Marktstandgeldes

Der Magistrat verlangt eine Erhöhung des Marktstandgeldes für die Kram- und Jahrmärkte, damit auf dem Roßplatz eine Bedürfnisanstalt errichtet werden kann. Es sollen auf den Quadratmeter des gebrauchten Raumes täglich gefordert werden

bis zu 50 Quadratmeter je 15 Pf. (bisher 10 Pf.),
bis zu 100 Quadratmeter je 10 Pf. (bisher 8 Pf.)
über 100 Quadratmeter je 8 Pf. (bisher 6 Pf.).

Müller (SPD.) verlangt, daß jeweils eine Erhöhung um 3 Pf. stattfinden soll. Genosse Freund legt dar, daß gerade die Marktreisenden, die nur einen kleinen Raum benutzen, die größte Erhöhung aufbringen sollen. Diese Erhöhung ist deshalb völlig ungerechtfertigt. Die Kleingewerbetreibenden sind oft aus dem Wirtschaftsprozeß herausgeschleudert und versuchen mit vieler Mühe, sich eine notdürftige Existenz zu erhalten. Es muß übrigens verlangt werden, daß die Bedürfnisanstalt aus öffentlichen Mitteln gebaut werde. Zweite Lesung, die von unseren Genossen zu diesem Punkt verlangt wird, wird abgelehnt. Die Abstimmung ergibt Annahme des Antrages Müller. Es sind somit zu zahlen

bis zu 50 Quadratmeter je 13 Pf.
bis zu 100 Quadratmeter je 11 Pf.

Zu Punkt 7 verlangt der Magistrat die Ermächtigung, für das neue Etatsjahr Ausgaben machen zu dürfen, „um die Notwendigkeit der geordneten Fortführung der städtischen Verwaltung" zu gewährleisten. Er begründet die Tatsache, daß noch kein Etat vorgelegt werden kann, mit dem Einwand, daß die Gebäudeentschuldungssteuer vom Landtag noch nicht verabschiedet sei. Sozialdemokrat Petersdorff kritisiert zwar das Verhalten des Magistrats, erklärt aber, **daß seine Fraktion die Vorlage annehmen werde,** was für die zweideutige Haltung der SPD. zum Magistrat charakteristisch ist.

Genosse Illgenstein führt aus,

daß die kommunistische Fraktion gar nicht daran denke, dem Magistrat eine Blankovollmacht zu erteilen.

Wir müssen überhaupt gegen diese Methode, sich im voraus Summen bewilligen zu lassen, ganz entschieden Front machen. Wir haben in den letzten Jahren die Beobachtung machen müssen, daß die Mehrheit mit dem Magistrat eine Geschäftsführung für die Stadt eingeführt hat, die die Rechte der Stadtverordnetenversammlung vollkommen einschränkt. Wir haben im vorigen Jahre keine Haushaltetatsberatung gehabt, wir werden in diesem Jahre ebenfalls keine haben. Wir haben gesehen, daß der Magistrat in einer ganzen Reihe von Fällen die berechtigten Forderungen der Arbeiter ignoriert.

Die Mittel, die der Magistrat ausgibt, beschränken sich oft auf Objekte, die ihm die Möglichkeit geben, vor der Oeffentlichkeit zu glänzen. Auf der anderen Seite werden die dringendsten Bedürfnisse der Werktätigen nicht berücksichtigt.

Deshalb lehnen wir die Forderung des Magistrats mit aller Entschiedenheit ab. Die Abstimmung ergibt Mehrheit für die Magistratsvorlage.

Merkel (Ordnungsblock) beantragt darauf Schluß der öffentlichen Sitzung. Schaumburg verlangt Vertagung, also auch Nichtberatung der Anträge für die geschlossene Sitzung. Der Magistrat wünscht noch die Behandlung des Antrages 8. Busse übergeht einfach den Antrag Merkel und läßt über Punkt 8 weiter beraten trotz Protestes unseres Genossen Günther. Der Antragsteller Merkel macht keine Anstalten, seinem Antrag zur Abstimmung zu verhelfen.

Punkt 8 und 12 werden noch besprochen, und Genosse Härtel verlangt infolgedessen auch Beratung des Punktes 14, der

eine Anfrage an den Magistrat zum Volksbegehren

enthält. Busse verweigert die Behandlung dieses Punktes, obgleich ihm vom Genossen Härtel klargemacht wird, daß die Anfrage nach drei Tagen gegenstandslos sein würde und deshalb unbedingt mit behandelt werden müßte. In der Geschäftsordnungsdebatte, die sich hierüber entspinnt, **entzieht Busse dem Genossen Härtel das Wort.** Dieser spricht weiter und sagt den Herren von rechts deutlich, welche Fürstenlakaien sie sind, und wie sie die Sabotage des Volksbegehrens in jeder Hinsicht unterstützen. Es kommt zu einem Tumult, an dem sich auch die Tribüne beteiligt.

„8 Millionen Stimmen haben wir schon", rufen die Arbeiter herunter.

Busse läßt die Tribüne räumen. Die Arbeiter gehen unter Zurufen ab. Der Antrag Schaumburg auf Vertagung wird gegen die Stimmen der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Antrag Merkel auf Schluß der öffentlichen Sitzung wird angenommen. Zurufe: **Der arme Professor muß doch sein Geld kriegen.**

In der nichtöffentlichen Sitzung tobte die Schlacht so laut weiter, daß es eine öffentliche Sitzung schien. Finger hatte sein Ziel erreicht. Die Akten darüber sind noch nicht geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260316-17/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis

An alle Ortsgruppen des Bezirks!

Ortsgruppen, die den Monat Februar noch nicht mit der Bezirkskasse abgerechnet haben, werden aufgefordert, dies **bis spätestens 24. März** zu tun. Letzteres gilt auch für diejenigen Ortsgruppen, die noch mit der Abrechnung weiter zurückliegender Monate im Rückstande sind.

Partei-in-Not-Marken: Alle nicht verkauften Partei-in-Not-Marken sind sofort an die Bezirkskasse einzusenden. Für verkaufte muß umgehend das Geld an die Bezirkskasse eingesandt werden.

Neue Beitragsmarken: Die im Umlauf befindlichen Beitragsmarken haben nur noch für Monat März Gültigkeit. Ab 1. April kommen neue Marken zum Verkauf, welche wiederum nur für ein Vierteljahr gelten. Auch für restierende Beitragswochen gilt nur die neue Marke. Die bisherigen Beitragsmarken sind mit der März-Abrechnung an uns einzusenden. (Siehe Kassierer-Rundschreiben vom 4. März 1926.)

Mit Rücksicht auf diese Neuerung erwarten wir, daß alle rückständigen Beiträge noch im Monat März einkassiert werden. Auch die säumigen Ortsgruppen müssen ihre rückständigen Monats-Abrechnungen noch im März fertigstellen und dem Bezirk einsenden. Geldsendungen haben nur durch Postscheckkonto Leipzig Nr. 107 001, Arthur Sämisch, Halle, zu erfolgen. **Bezirksleitung KPD., Halle.**

Zum Zusammentritt des Provinziallandtags

Nach sechswöchiger Unterbrechung tritt der Landtag für die Provinz Sachsen am heutigen Tage wieder zu erneuter Beratung zusammen. Den Hauptteil der Tagung wird der Etat beanspruchen, der eine ganze Reihe Sonderetats für die einzelnen Provinzialanstalten umfaßt. Auf der vorläufigen Tagesordnung stehen zunächst noch u. a. die **Errichtung eines Landeserziehungsheims für schulentlassene Mädchen, Erweiterung der Blindenanstalt Barby, Bau einer Brücke über die Elbe bei Hämmerten—Tangermünde, Beteiligung der Provinz an der Fertigstellung der Eisenbahn Eilenburg—Wurzen, Arbeitszeit des Pflegepersonals der Landesheilanstalten** usw. Man sieht, eine ganze Reihe wichtiger Angelegenheiten, die da der Erledigung harren.

Aber bei diesen Beratungsgegenständen kann und darf es nicht bleiben. Es müssen vom Provinziallandtag noch andere wichtige Dinge behandelt werden. Vor allem ist das **Erwerbslosenproblem** in unserer Provinz noch ganz ungelöst. Seit der letzten Tagung hat keine Abnahme der Erwerbslosenziffer stattgefunden, im Gegenteil, die Zahlen haben fortgesetzt zugenommen. Die Erwerbslosen befinden sich in bitterster Not. Es ist deshalb zu verstehen, wenn der **Bezirks-Erwerbslosenrat** zum Zusammentritt des Provinziallandtags Stellung genommen und die einzelnen Orte aufgerufen hat, Deputationen nach Merseburg zu entsenden, um dort Hilfe und Linderung der Not für die Erwerbslosen zu erreichen. Man darf nach dem ruhigen Verlauf der Erwerbslosendemonstration beim letzten Provinziallandtag wohl erwarten, daß der Landeshauptmann nicht wieder in Nervosität verfällt und das Landtagsgebäude in eine Festung verwandeln läßt. Schon die Niederlage, die er in dieser Hinsicht sich am 28. Januar holte, müßte ihn vor einer Wiederholung schrecken. Die kommunistische Fraktion wird den Deputationen der Erwerbslosen volles Gehör schenken (das braucht wohl eigentlich kaum besonders betont zu werden) und alles tun, was in ihren Kräften liegt, den Forderungen und Wünschen der Erwerbslosen gerecht zu werden. Ebenso notwendig wie augenblickliche Beihilfen ist notwendig die Inangriffnahme größerer Notstandsarbeiten. Wir denken da z. B. an den endlichen **Ausbau des Mittellandkanals,** an den **Wohnungsbau,** an die **Verbesserung der Provinzialstraßen** usw. Letztere verschlingen jährlich Riesensummen, da die jetzige Beschotterung dem heutigen Verkehr nicht mehr gewachsen ist.

Auch bei der **Verkürzung der Arbeitszeit in den Provinzialanstalten,** die jetzt 60 bis 70 und noch mehr Stunden beträgt, kann manche neue Arbeitsstelle geschaffen werden. Im letzten Landtag beantragte die kommunistische Fraktion, die Arbeitszeit auf 48 Stunden festzulegen. Der Antrag wurde zur diesmaligen Sitzung vertagt, um inzwischen Erhebungen feststellen zu können, wie die Arbeitszeit einschließlich Bereitschaftsdienst in den Anstalten liegt. Seitens der SPD. liegt ein Antrag vor auf 60 Stunden Arbeitszeit einschließlich 12 Stunden Bereitschaftsdienst. Die SPD. will also anscheinend von der 48-Stunden-Arbeitswoche nichts mehr wissen. Unsere Fraktion wird sich energisch für die 48stündige Arbeitswoche einsetzen. Die höheren Beamten der Provinz arbeiten ja auch nicht länger, eher noch kürzer; dabei der hohe Gehaltsunterschied!

Der Landtag müßte auch einmal etwas für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen tun. Vor allem fehlen **Jugendherbergen.** Ebenso müßte er danach streben, bei den Kleinbahnen der Provinz eine **Verbilligung der Fahrpreise für die Arbeiterschaft herbeizuführen. Dasselbe gilt auch für die Autobusverbindungen.** Die Arbeiter, die täglich diese Fahrgelegenheiten benutzen müssen, müssen sich diese Ausgaben, die ziemlich hoch sind, ja vom Munde absparen. Und dazu noch der außerordentlich geringe Verdienst! Es ist also ein solches Verlangen nicht unbillig. Auch ist die **Fürsorge für Lungenkranke äußerst dürftig.** Auch hier müßte der Landtag einmal erwägen, was für diese Opfer des heutigen Systems getan werden kann. Und so gibt es noch eine ganze Reihe von Fragen, an denen der Landtag bisher ganz unbeachtet vorbeigegangen ist. Die Bürgerlichen haben natürlich kein Interesse daran, und die SPD. erschöpft sich nur in Koalitionspolitik; sie tut nichts, was den Bürgerlichen etwa mißfallen sollte. Ihr „Kampf“ beschränkt sich nur auf Besetzung von Posten und hauptsächlich gegen die Kommunisten.

So bleibt denn der KPD.-Fraktion alles zu tun übrig, um für die Arbeiterschaft herauszuholen, was nur möglich ist. Daß sie alles daran setzt, hat sie in den bisherigen Tagungen bewiesen.

Der jetzige Landtag dürfte bis Ende dieser Woche dauern. Dann wird er auf ein Jahr wieder in die Ferien geschickt. Möge die Tagung das Wenige bringen, was die notleidende Bevölkerung von diesem Parlament erwarten kann.

Ein „neutraler“ Vorsteher im Einzeichnungslokal

Folgender Vorgang spielte sich am gestrigen Sonntag im Einzeichnungslokal Schillerschule, Eingang Lessingstraße, ab:

Zu einer Frau, welche sich einzeichnete, sagte der Wahlvorsteher: „Auch Sie wollen sich einzeichnen? Sie haben doch ein paar Häuser, die werden Ihnen die Kommunisten auch noch enteignen.“

Diesen Herrn muß man sich merken. Welche Strafe steht auf Wahlbeeinflussung?

Vollkommene Verblödung

hat die „Hallesche Zeitung“ befallen. Sie berichtet in einer Notiz von der Agitationsarbeit der roten Frontkämpfer und kann besonders ihre Wut über die kleinen Sprechchor-Trupps nicht verhehlen. Ueberschrieben wird dieser Haßgesang des schwarzweißroten Organs mit den überaus prophetischen Worten: „Wenn nichts mehr zieht . . .“ Ja, es zieht so wenig, daß bereits bis gestern abend 41 000 Stimmen in Halle eingezeichnet sind, unter denen sich nicht wenig Leser der „Halleschen Zeitung“ befinden dürften. Wenn nichts mehr zieht als die Angstschreie der bürgerlichen Presse, dann können wir über den Erfolg der Fürstenenteignungskampagne beruhigt sein.

* **Proletarische Tribüne.** Morgen, Mittwoch, abends pünktlich 8 Uhr, Probe für die Aufführung in Seeben. (Manuskripte mitbringen.) **Sämtliche Mitglieder müssen pünktlich erscheinen, da ein Probefilm aufgenommen werden soll.** Der Abmarsch am Sonntag nach Seeben wird noch bekanntgemacht.

Passendorf

Volksbegehren. Von 900 Wahlberechtigten haben sich bis Montag abend 650 eingezeichnet. Bei den letzten Wahlen erhielten KPD. und SPD. rund 430 Stimmen. Durch ganz energische Propaganda der Partei- und RFB.-Genossen ist dieses Resultat erzielt worden. Am letzten Sonntag wurde ein Transparentumzug bis in das schwarze Holleben hinüber durchgeführt, um auch hier die Landproleten des Großagrariers v. Zimmermann aufzurütteln. Auch hier mit gutem Erfolg. Die SPD. versagte fast vollständig. Eine gemeinsame Arbeit lehnte sie ab.

Amtsbezirk Dieskau

Sämtliche Arbeiter-Sportvereine vom Amtsbezirk Dieskau, Zwintschöna, Bruckdorf und Canena nehmen an der Denkmalseinweihung des Genossen Walter Naumann am Sonntag, dem 21. März, nachmittags ½3 Uhr, teil. Abmarsch von Zwintschöna 2 Uhr nachmitags.

Könnern

Filmabend. Sonnabend, den 13. März, fand die Aufführung „Sein Mahnruf“ im hiesigen Orte statt. Der Besuch war ein guter und setzte sich nicht nur aus Arbeitern, sondern auch aus Mittelständler zusammen. Ein Beweis dafür, daß das Interesse für den russischen Film bei der breiten Masse zunimmt. Die gehobene Stimmung und der Applaus nach der Ansprache, welche von einem Genossen der JAH. gehalten wurde, geben Zeugnis davon, daß auch die Arbeiterschaft von Könnern entschlossen ist, im Geiste Lenins zu arbeiten. Die Mitteilung von weiteren Aufführungen von russischen Filmen wurde mit Freuden aufgenommen.

Fortbildungsschüler, Lehrlinge und junge Arbeiter!

Tausende von jugendlichen Arbeitern liegen auf der Straße, der Not und dem Hunger preisgegeben. Tausende von jugendlichen Lehrlingen bekommen einen Lohn, der aller Beschreibung spottet. Millionen junge Arbeiter werden Ostern in den Produktionsprozeß eingereiht.

Was ist zu tun, der Not der Lehrlinge und jungen Arbeiter zu steuern?

Kommt in die Fortbildungsschüler-Versammlung, die am Donnerstag, dem 18. März, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, stattfindet.

Wir wollen dort beraten, was zu tun ist.

Kommt alle. Nur wenn wir in Massen aufmarschieren, werden wir Erfolge erzielen. **Einige Schüler und Schülerräte.**

Schafft Quartiere!

Am Sonnabend, dem 20., und Sonntag, dem 21. März, tagt in Halle die zweite Reichskonferenz des RFB. Aus allen Gauen werden nahezu 200 Delegierte zusammenkommen. Alle Arbeiter und mit dem RFB. Sympathisierende, die in der Lage sind, für die genannten Tage ein Quartier zur Verfügung zu stellen, werden gebeten, ihre Adresse anzugeben in beiden Buchhandlungen der Produktiv-Genossenschaft oder in den Agitationslokalen für das Volksbegehren bei den zuständigen RFB.-Funktionären.

Ortsvorstand Halle des RFB.

Seeben

Die Proletarische Kulturvereinigung Seeben veranstaltet gemeinsam mit der Proletarischen Tribüne Halle am Sonntag, dem 21. März, abends 8 Uhr, im Gasthof Glaser einen Theater- und Unterhaltungsabend. Im ersten Teil des Programms kommt zur Aufführung: **„Der Holzwurm“**, ein satirisches Spiel aus den Betrieben, von Walter Troppenz, aufgeführt durch die Kulturvereinigung Seeben. Es folgt dann ein **„Roter Rummel“** von der Tribüne Halle. Den zweiten Teil des Programms füllt **„Horthys Lager“**, eine Symphonie des Grauens aus Horthy-Ungarn, von Andor Gabor, aus und wird ebenfalls von der Tribüne Halle aufgeführt. Die Musikabteilung der Proletarischen Tribüne wirkt gleichfalls in den Pausen mit. Die gesamte Arbeiterschaft von Seeben und den umliegenden Ortschaften wird aufgefordert, die Veranstaltung zu besuchen. Infolge technischer Schwierigkeiten findet ein Programm-Vorverkauf **nicht** statt. Karten sind also **nur** an der Abendkasse zum Preise von 50 Pf. zu haben. Daselbst sind auch Textbücher für den „Holzwurm“, sowie Bilder von der letzten Aufführung der „Schwefelblüte“ zu haben.

Aus der Jugendbewegung

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Dienstag, den 16. März, abends 6 Uhr, Versammlung der Bezirke 1, 2 und 3 in der Produktiv-Genossenschaft. Die Bezirke 2 und 3 müssen am Dienstag erscheinen, da am Mittwoch der Saal besetzt ist.

Mittwoch, ½7 Uhr, Sprechchor-Probe im „Volkspark“.

Mittwoch, den 17. März, abends 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, Zimmer 6, Ausgabe der Märzzeitungen und Marken an die Kassierer. Alle diejenigen, welche noch im Besitz von Januar- und Februar-Zeitungen sind, müssen diese zu derselben Zeit unbedingt abrechnen. Alle diejenigen, welche zu dieser Sitzung nicht erscheinen, werden zur Rechenschaft gezogen.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sportkartell Halle

Am Dienstag fand die fällige Monatsversammlung des Kartells statt. Zunächst wurden mehrere Eingänge bekanntgegeben. Die Entschließung des TV. Fichte, die sich gegen den Fackelzug richtet, wurde stark verurteilt. Von den Verlagen „Klassenkampf“ und „Volksblatt“ lagen Schreiben vor, wonach ab 1. April alle Vereinsmitteilungen unter besonderer Rubrik gegen geringe Entschädigung veröffentlicht werden. Die Spielberichte sowie die amtlichen Nachrichten werden wie bisher aufgenommen. Dem wurde einmütig zugestimmt.

Da verschiedene Arbeitersportvereine in nationalen Sportgeschäften Kartenvorverkauf eingerichtet haben, entspann sich eine rege Diskussion, ebenso über die Herstellung von Drucksachen in tarifuntreuen Firmen (Hendrich). Dies wurde gerügt und Abhilfe zugesichert.

Im Laufe dieser Woche werden mit der Stadt Verhandlungen geführt, um die Sportplatzfrage (Stadion usw.) zu regeln.

Die Abrechnung vom Olympiadefilm ergab ein Defizit. Die Delegierten nahmen von der Abrechnung Kenntnis. Zum 13. April wird die Angelegenheit endgültig geregelt und werden bis dahin Vorschläge zur Deckung seitens der Vereine erwartet. Kritisiert wurde die mangelhafte Beteiligung an den Filmabenden.

Der **Reichs-Arbeitersporttag,** welcher am **6. Juni** auf dem Stadion stattfindet, soll in Halle ein Zeugnis der Kraft der Arbeitersportbewegung werden. Alle dem Kreis angeschlossenen kleineren Ortskartelle marschieren nach Halle, um den Sportgedanken zu zentralisieren. Die kleineren Orte begingen bisher den Tag mit einigen sportlerischen Aufführungen, Umzug und Tanz. Dies soll nun anders werden. Ein genauer Plan geht den einzelnen Kartellen noch zu. Ebenso werden die Orte Merseburg, Weißenfels, Zeitz, Bitterfeld usw. verfahren. Ammendorf, das zu Halle gehört, beabsichtigt, in diesem Jahre wegen Sportplatzweihe die zentrale Beteiligung abzulehnen. Wir erwarten, daß Ammendorf sich korrigiert und dem Gedanken eines **Großkartells** Halle nähertritt.

Im Verschiedenen wurden folgende Veranstaltungen bekanntgegeben: Naturfreunde-ausstellung, Handball Schweiz — Halle am 5. Mai, Rundfunkausstellung sowie das Bundesfest in Wien. Beschlossen wird, die Termine der größeren Veranstaltungen dem Kartellvorstand rechtzeitig zu melden.

Zur Reichsgesundheitswoche, die vom 4. bis 18. April stattfindet, wird besprochen, nichts mit dem „bürgerlichen Sport“ gemeinsam zu veranstalten.

Zum Schluß fand die Wahl eines Ersatzmitgliedes in die Arbeitsgemeinschaft (Ulrich, Viktoria) sowie zur „Volkspark“-Sitzung (Oertel und Krause) statt. P.

Viktoria 3. — Löbejün 1. 2 : 2

Dieses Resultat verdankte Löbejün nur den schwachen Leistungen der Viktoria-Stürmer. Bei etwas mehr Schußsicherheit mußten bestimmt mehr Tore sitzen.

ASC. Heute, Dienstag, abend Sitzung der zweiten Mannschaft, alle elf müssen unbedingt erscheinen.

Boxklub International. Sämtliche aktiven Mitglieder haben am Dienstag, dem 16. März, ½8 Uhr, in der Charlottenschule mit Trainingssachen zu erscheinen, da unsere Uebungsstunde in der „Sonne“ wegen Umbau ausfällt. Unentschuldigtes Fernbleiben wird gerügt.

VfB. Stötteritz 2. — 03 Bitterfeld 2. 3 : 1, Ecken 9 : 6

Genannte Mannschaften standen sich am 14. März im Freundschaftsspiel gegenüber. Bis zur Halbzeit zeigten beide Mannschaften ein gutes Spiel. Nach Halbzeit wurde das Spiel etwas mäßiger, steigerte sich aber bis zum Schluß. VfB. gewann verdient.

VfB. Stötteritz 3. — 03 Bitterfeld 3. 6 : 2, Ecken 5 : 2

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Die Rebellion

17]

Roman von Joseph Roth

Copyright 1924 by Verlag Die Schmiede, Berlin

Am nächsten Tag kam Andreas grußlos in die Stube. Er entnahm selbst Brot und Margarine dem Schrank. Die kleine Anna kam aus der Schule. Sie schmiegte sich an ihn, als wollte sie ihn versöhnen. „Spiel ein bißchen!“ bat sie. Und Andreas spielte auf seinem Leierkasten die wehmütigsten Lieder, mit denen der Fabrikant das Instrument ausstaffiert hatte. „An der Quelle saß der Knabe“ und die „Loreley“ Und die Melodien erinnerten ihn an jenen glücklichen Sommertag, an dem er zum erstenmal in den Hof dieses Hauses gekommen war.

O, wunderbar war der Sommer, eine kostbare Schnur glücklicher Tage, Tage der Sonne und der Freiheit, der alten Lindenbäume in den gastfreundlichen Höfen. Die Fenster in allen Stockwerken flogen auf, rundliche rote Freudengesichter steckten die Mädchen wie festliche Lampions zu den Küchen hinaus und der Duft guter Speisen sättigte die Nase. Lachende Kinder tanzten um die Musik, das Kreuz blinkte in der Sonne, die Uniform, heute von Stroh und Unrat beschmutzt, wie sauber und ehrfurchterregend war sie damals!

Katharina kam. Mit sachlichen, knappen Bewegungen hantierte sie im Hause. Sie schien ihren Mann gar nicht mehr zu sehen. Sie stellte wortlos und mit einem heftigen Ruck eine irdene Schüssel auf seinen Platz Er kannte diese kleine Schüssel mit der schadhaften Glasur. Manchmal bekamen ein alter Bettler, eine verirrte Katze, ein zugelaufener Hund aus ihr zu essen. Katharina selbst schlürfte die Suppe aus einem rotgeränderten Porzellanteller. Auch hatte sie den Kohl von den Kartoffeln gesondert vor sich aufgestellt. Aber in der kleinen Schüssel Andreas' mischte sich alles und ein großer Knochen ragte zwischen dem Mischmasch wie ein Dachtrümmerstück im Schutt eines zerfallenen Hauses.

Was sollte er tun? Er aß und wurde demütig und richtete von Zeit zu Zeit sein Auge auf Katharina. Sie hatte ein rotes Gesicht und war sehr sorgfältig onduliert, mit vielen kleinen Wellchen, die bis zu den Augen reichten und in der Mitte trug sie ein paar kurzgeschnittene und in die Stirn gekämmte, am Ende mit einem scharfen Lineal abgeschnittene Härchen, die wie Fransen eines Schals aussahen. Sie duftete wie ein Friseurladen nach allerlei Gerüchen, Patschuli mischte sich mit Haaröl und dieses mit Kölnischem Wasser. Ein anderer hätte sofort erkannt, daß Katharina einen ganzen Vormittag im Damenfrisiersalon zugebracht hatte. Andreas aber merkte nichts.

Ihn beschäftigte nur das Rätsel der plötzlichen Veränderungen, die sich um ihn vollzogen hatten. Es war wie eine Verzauberung. Er versuchte, sich den Vorfall in der Straßenbahn klar ins Gedächtnis zu rufen. Er sah wieder den Herrn, der ihn angegriffen hatte. War es nicht umgekehrt gewesen? Was hatte der Herr nur gesagt? Daß die Invaliden simulierten! Und es stimmte. Wie oft hatte Andreas selbst Simulanten gesehen. Woraus entnahm er eigentlich, daß der Herr ihn persönlich gemeint hatte? Er sprach ganz allgemein. Er ärgerte sich mit Recht über die Versammlung. Waren es doch Tagediebe, Rebellen, Gottlose, sie wollten die Regierung stützen und sie verdienten ihr Schicksal.

Es war eben eine Ausnahme, daß Andreas das Pech hatte, mit einem unfreundlichen Schaffner, mit einem verständnislosen Polizisten zusammenzustoßen. Sie sollen ihn nur vor Gericht bringen. Hier wird er kategorische Bestrafung der untergeordneten Organe verlangen. Hier wird er seinen Lebenslauf erzählen, seine Kriegsteilnahme, seine Begeisterung für das Vaterland. Er wird die Lizenz wieder bekommen. Er wird Katharinas Achtung aufs neue erringen. Er wird Herr im Hause sein. Der Mann seiner Frau. Sie stand auf. Ihre breiten, in ein Mieder gepreßten Hüften bewegten sich selbständig und die strotzende Fülle ihrer Brüste zappelte, wenn sie einen Schritt machte. Andreas erinnerte sich an ihre gemeinsamen Liebesfeste, an den Druck ihrer nachgiebigen und dennoch muskulösen Oberschenkel und er höhlte die Hand und glaubte wieder die breite, weiche, schwellende Endlosigkeit ihrer Brust zu fühlen.

Ach! laßt uns nur vor Gericht kommen. Dort sitzen keine ungebildeten Polizisten und keine rohen Schaffner. Die Gerechtigkeit leuchtet über den Sälen der Gerichtshöfe. Weise, noble Männer in Talaren sehen mit klugem Blick in das Innere des Menschen und sondern mit bedächtigen Händen die Spreu vom Weizen.

Hätte Andreas eine Ahnung von der Jrisprudenz gehabt, so hätte er gewußt, daß die Gerichte sich bereits mit ihm beschäftigten. Denn sein Fall gehörte zu jenen sogenannten „eiligen Fällen“, die nach einem Erlaß des modernen Justizministers sofort in Behandlung genommen wurden und zur Erledigung kamen. Schon hatten die großen rollenden Räder des Staates den Bürger Andreas Pum in die Arbeit genommen und, ohne daß er es noch wußte, wurde er langsam und gründlich zermahlen.

X

Am nächsten Morgen kam eine gerichtliche Vorladung an den „Lizenzinhaber Andreas Pum“. Das Schriftstück trug ein Amtssiegel, einen weißen lithographierten Wappenadler auf einem roten runden Papier, und obwohl die Adresse von einer flüchtigen Hand geschrieben war und der Gerichte vielbeschäftigte Eile bewies, verbreitete das Schreiben dennoch eine Ahnung von jener langsamen Feierlichkeit, die unsere Aemter auszeichnet. Es enthielt die Vorladung vor die zweite Kammer, welche die eiligen und unbedeutenden Strafsachen zu behandeln hatte. Zum erstenmal wurde hier Andreas Pum als ein „Beschuldigter“ bezeichnet, ein Wort, das, wenn es von einem Gericht geschrieben war, schon fast wie „Bestrafter“ klang. Im übrigen enthielt das Schreiben nur noch die nähere Terminbestimmung, einen runden, roten Stempel, der etwas blaß und undeutlich ausgefallen war und die unleserliche Unterschrift eines Richter, die anzudeuten schien, daß der Mann der Gerechtigkeit vorläufig nicht gekannt sein wollte.

Mehrere Male las Andreas das Schreiben des Gerichts, in einer törichten und aussichtslosen Hoffnung, daß er zwischen den gedruckten Zeilen des Formulars etwas herauslesen könnte, Nützliches oder Schädliches, etwas von der Stimmung, die den Richter beherrschte. Als das nicht gelang, versuchte er, sich das Gericht vorzustellen, das Kreuz, die Lichter, die Barriere, die Angeklagtenbank, den ex offo Verteidiger, den Richter, den Schreiber, den Gerichtsdiener, die Aktenbündel und das große Bild des Gekreuzigten, zu dem er innerlich schon betete. Er ging in die Kirche aus gelben Ziegelsteinen hinüber, in der er seit seiner Trauung nicht gewesen war. Die Kirche war leer, ein Fensterflügel stand in der Höhe eines Stockwerks offen und kalte Luft blies der Wind in das Gotteshaus, das dennoch muffig roch, nach Menschen, ausgelöschten Talgkerzen und Tünche. Andreas faltete die Hände, kniete nieder und sagte mit der dünnen Stimme, mit der er als Schulknabe vor dem Unterricht gebetet hatte, drei, vier, fünf Vaterunser auf.

Hierauf fühlte er sich beruhigt, gesichert vor böser Ueberraschung, vor dem gerichtlichen Urteil, das im Schoße des Morgen lag.

Er kehrte heim und traf einen fremden Mann im Zimmer. Der stand auf und verneigte sich leicht und setzte sich wieder und sagte sitzend zu Andreas: „Ich warte auf Ihre Frau Gemahlin. Sie entschuldigen schon! Ihre Frau Gemahlin muß in einer Viertelstunde da sein. Ihre Frau Gemahlin war heute früh bei mir im Geschäft. Sie können selbst sehen, wie pünktlich ich bin. Den ganzen Tag unterwegs und immer pünktlich. Das ist meine Devise.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260316-17/fragment/page=0007
DFG

Eine eigene Wirtschaftsschule des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Von Robert Dißmann

Am Sonntag, dem 14. März, wurde in Dürrenberg, Bezirk Halle-Merseburg, die erste Wirtschaftsschule des DMV. eröffnet. Ueber Charakter, Zweck und Ziel der Schule gibt nachstehender Artikel, den uns der DMV.-Vorsitzende Robert Dißmann zur Verfügung stellt, Aufschluß. Anschließend daran ein kurzer Bericht über die Eröffnungsfeier und unsere Stellungnahme zu der Schule von unserem Berichterstatter.
Red. d. „Klassenkampf".

Die Nachkriegszeit hat die Gewerkschaften vor erweiterte und neue Aufgaben gestellt. Das hängt zusammen mit dem Wachstum der Organisationen und der insbesondere nach dem Weltkrieg einsetzenden Umwälzung, die heute keineswegs abgeschlossen ist. Noch steht Europas Wirtschaft in einer schweren Krise. Das Heer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist in einer Reihe Länder ganz enorm. Der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt ist hart. Die Gewerkschaftsarbeit des letzten Jahrzehnts hat uns mehr denn je gezeigt, daß es erforderlich ist, der engen Verflechtung der einzelnen Wirtschaftszweige die größte Aufmerksamkeit zu schenken. An dieser Notwendigkeit kommt keine Gewerkschaft vorbei, will sie ihren Aufgaben als Wirtschaftsorganisation und Vertreterin der Arbeiterinteressen gerecht werden.

Was haben wir — um nur auf die letzten Jahre hinzuweisen — in unzähligen Verhandlungen über die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erlebt? Nur zu gut kennen wir die beliebten Methoden der Unternehmer, die Arbeiter eines Landes gegen ihre Klassengenossen anderer Länder auszuspielen, im übrigen aber alle möglichen Gründe ins Feld zu führen, um die berechtigten Ansprüche der Arbeiter abzuwehren. Doch das zu wissen, bringt uns allein nicht weiter. Die Gewerkschaftsführer und ihre Vertreter bis zum letzten Betriebsratsmitglied im einzelnen Werk müssen über das nötige geistige Rüstzeug verfügen, um den Unternehmern in sozialen und wirtschaftlichen Fragen begegnen zu können. Wir können nicht allen Geschehnissen und allem Werden tat- und tatlos zusehen, sondern wir müssen uns mit den wichtigsten Fragen unserer Zeit beschäftigen, tiefer eindringen in die einzelnen Probleme, dazu selbständig Stellung nehmen zum Standpunkt des freien Gewerkschafter und Sozialisten und unseren Gewerkschaftsfunktionären mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Eine gründliche, umfassende und planmäßige Bildungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften ist notwendig. Von dieser Erkenntnis geleitet, haben wir im DMV. im Jahre 1921 mit besonderen Bildungskursen in den einzelnen Reichsgebieten begonnen. An ihre Stelle tritt nun mit dem 1. März d. J. eine eigene Wirtschaftsschule unseres Verbandes. Der Vorstand hat in Bad Dürrenberg (im Mitteldeutschland, Nähe Halle und Leipzig) das Kurhaus käuflich erworben. Letzteres wird nunmehr als Internat eingerichtet, um den Schülern gleichzeitig Verpflegung und Logis gewähren zu können. Im Parterre des Gebäudes sind Speisesaal, 2 Unterrichtssäle, Bibliothek, Schreibzimmer usw., in der 1. und 2. Etage 40 Zimmer mit 80 Betten; Billardzimmer, Kegelbahn, Gesellschaftsräume, schöner Garten usw. stehen den Schülern nach ernster geistiger Arbeit für Erholung, Spiel, Musik usw. zur Verfügung. Ein Nebenhaus mit Wohnungen für die Lehrer wurde ebenfalls käuflich erworben. Der Lehrplan sieht vor:

Wirtschaft, Arbeitsrecht, kaufmännische und technische Betriebslehre. Für jedes dieser drei Hauptfächer ist ein Lehrer hauptamtlich angestellt. Gastlehrer für Spezialfächer werden zugezogen. Die Leitung der Schule liegt in den Händen des Genossen Engelbert Graf, der seit Jahren unserer Bildungsabteilung vorsteht. Als weitere Lehrer sind angestellt: Rechtsanwalt Dr. Fraenkel und Diplomingenieur Richter.

Vorgesehen sind zunächst dreiwöchentliche Kurse mit je 50 Schülern. Diese Kurse werden gegliedert nach den einzelnen Industriezweigen in der Eisen- und Metallindustrie. Wir beginnen mit einem Kursus für die Schwerindustrie, dann folgen die Elektrizitätswerke, der Automobilbau, die Seeschiffswerften usw. Um nur einigermaßen ein Bild zu gewinnen von der Vielgestaltigkeit unserer Aufgaben nennen wir als weitere Industriezweige die Gießereien, den Bau von Lokomotiven und Waggons, Fahrrädern, Schreib- und Rechenmaschinen, Nähmaschinen, Dampfmaschinen und Turbinen usw., landwirtschaftliche Maschinen, Werkzeugmaschinen (gegliedert nach Wirtschaftsgruppen, wie das graphische Gewerbe, Leder- und Schuhindustrie, Textilindustrie, Bergbau, Holzbearbeitung), Werkzeug- und Apparatebau für die verschiedenen Wirtschaftszweige, Beleuchtungsindustrie, Elektrizitätswerke, Armaturen- und Gelbmetallindustrie, Eisenkonstruktionen, Stahl- und Schneidewaren, Uhrenindustrie, feinmechanische Instrumente aller Art, Musikindustrie, Edelmetall-(Gold, Silber usw.)Industrie, Heizungsanlagen, Industrie für Metall- und Blechwaren usw.

Wir müssen bei den einzelnen Kursen anknüpfen an das, was die Schüler (Betriebsräte und Funktionäre des Verbandes) an Wissen mitbringen. Haben wir z. B. 50 Schüler aus der Autoindustrie zu einem Kursus vereint, so bringen diese Kollegen aus den 50 verschiedenen Betrieben zweifellos ein beträchtliches Maß von Kenntnissen und Erfahrungen auf dem ihnen naheliegenden Gebiet mit und der Austausch der Meinungen, das Interesse usw., wird dadurch sicher gesteigert, der Lehrbetrieb erleichtert. Einsetzend bei der Lage und den Verhältnissen des Industriezweiges, wollen wir die Schüler vertraut machen mit den Zusammenhängen der Gesamtwirtschaft des Landes und der Weltwirtschaft. Sowohl die im Vordergrund stehenden Probleme des engeren Industriezweiges wie der Gesamtwirtschaft sollen die ihnen zukommende Berücksichtigung finden. Mit dem Gebiet des Arbeitsrechts sich zu beschäftigen, ist für jeden Gewerkschaftsfunktionär ebenfalls notwendig.

Wir können in dreiwöchentlichen Kursen unserer Wirtschaftsschule natürlich keine „Universalgenies" ausbilden. Daran denken wir auch nicht. Wir können jedoch in wohlvorbereiteten planmäßigen Unterricht geistig aufnahmefähige Kollegen in diesen Kursen vertraut machen mit den genannten Stoffgebieten und den wichtigsten Fragen und Problemen. Die Schüler werden eine Fülle Anregungen erhalten und vor allen Dingen lernen können, sich in methodischer eigener Arbeit fortzubilden, um in jahrelanger weiterer Betätigung ein bestimmtes Maß von Wissen sich anzueignen. Und diese Erziehung ist mit vornehmster Zweck der Schule. Neben diesen Kursen für die Funktionäre aus den einzelnen Industriezweigen haben wir weitere Kurse vorgesehen für die Angestellten unseres Verbandes, und zwar a) für die im Außendienst, b) für die im Innendienst tätigen Verbandsbeamten. Bei diesen sich auf etwa drei bis vier Wochen erstreckenden Kursen wird der Lehrplan entsprechend den gegebenen Notwendigkeiten ausgestaltet werden. Kein Zweifel besteht jedoch darüber, daß solche Kurse auch für die angestellten Kollegen eine dankbare Förderung ihres weiteren Schaffens im Dienst der Organisation sein werden.

Bei allen Kursen wird sorgfältige Prüfung und Beobachtung zeigen, inwieweit ein Teil der Schüler über ein gewisses Durchschnittsmaß geistiger Aufnahmefähigkeit und Können hinausragt. Der Vorstand sieht vor, später evtl. weitere Kurse von mehrmonatiger Dauer einzulegen für besonders begabte und vorgeschrittene Funktionäre. Ebenso wird Wert darauf gelegt, daß die Schüler nach absolviertem Kursus in einem gewissen geistigen Verkehr — sogenannten Fernunterricht — mit der Schule und ihren Lehrern bleiben.

Den Schülern wird zur Teilnahme am Kursus aus Verbandsmitteln das Fahrgeld gewährt, dann freie Verpflegung und Logis im Internat und eine Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst, die für Verheiratete und Ledige eine gewisse Abstufung erfährt.

Noch ist alles im Werden. Mag zunächst der Schulunterricht beginnen. Aus der praktischen Erfahrung werden wir schöpfen und danach die Schule weiter ausgestalten. Ein bedeutsames Werk ist im Entstehen. Die Wirtschaftsschule soll nicht nur dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande und der Durchführung seiner Aufgaben zum Vorteile gereichen, sondern darüber hinaus auch der gesamten Arbeiterbewegung. Zuversichtlich hoffen wir, daß die Wirtschaftsschule des DMV. sich zum Vorteil für die Gesamtbewegung gestaltet, gleichzeitig beweisend, daß gut ausgebaute Industrieverbände auch auf dem Gebiet des Bildungswesens Vorbildliches zu leisten vermögen.

Die Eröffnung der Schule

Die Wirtschaftsschule ist untergebracht in dem ehemaligen Kurhaus des Solbades Dürrenberg, das der DMV. im November vorigen Jahres gekauft und vollkommen neu herrichten ließ. Haus mit Garten ist eine mustergültige Anlage, die unmittelbare Umgebung ist landschaftlich nicht reizvoll. In 4 Kilometer Entfernung liegt das riesige Leunawerk. Die ganze Gegend ist eine hochindustrielle und wird es in Zukunft in noch weit stärkerem Maße werden. Für eine proletarische Schule ein Plus, wenn die Lehrer und Lernenden täglich und stündlich die Ausbeutungsstätten des modernen Kapitalismus vor Augen haben und auch in der Zeit ihrer Lerntätigkeit **keine Minute die unmittelbare Verbindung mit dem Proletariat verlieren.**

An der Eröffnung nahmen teil: Die Mitglieder des Beirates des DMV., des Reichsbeirats der Metallbetriebsräte, Vertreter des ADGB., der Afa und des ADB., sowie Vertreter der Behörden und der sozialdemokratischen und kommunistischen Presse. Was wir als einen Mangel ansehen, ist, daß die schon im Laufe des Sonntags eintreffenden Schüler von der offiziellen Eröffnungsfeier ausgeschlossen blieben. Das geschah aus Platzmangel, der Saal des Hauses faßte nicht mehr Gäste als erschienen waren und so blieb kein Platz für die Schüler, ja nicht einmal für eine Vertretung der Schüler übrig.

Die Eröffnungsrede Dißmanns entsprach im wesentlichen seinem oben wiedergegebenen Artikel. Es folgen dann sehr viele, mehr lange als inhaltsreiche Reden der verschiedenen Vertreter. Bemerkenswert war die Rede von Knoll, dem Vertreter des ADGB. Er brachte seine **Mißstimmung** darüber, daß der DMV. eine eigene Schule errichtete, statt, wie der ADGB.-Vorstand wünscht, mit den übrigen Gewerkschaften zusammen, am Aufbau einer gemeinsamen Schule mitzuarbeiten, **unverholen zum Ausdruck.** Sprach Dißmann noch mit starker Betonung von einer Schule der proletarischen Klasse, die das Rüstzeug liefern soll zum Kampf gegen die kapitalistische Klasse, **so vermieden es,** mit einer einzigen Ausnahme, **sämtliche übrigen Redner, das Wort Klasse oder Klassenkampf auch nur in den Mund zu nehmen.** Die einzige Ausnahme bildete zum Schluß der Leiter der Schule, Engelbert Graf, der einmal die Berechtigung und Notwendigkeit zur Errichtung einer eigenen Schule durch den DMV. betonte und dann mit anerkennenswerter Eindeutigkeit erklärte, daß diese Schule eine **Schule des Klassenkampfes** sein und ganz im Geiste des großen Führers und wissenschaftlichen Begründers des Sozialismus Karl Marx, geleitet werden soll.

Wir hoffen, daß die Worte von Graf in die Wirklichkeit umgesetzt werden, damit könnte sich die Metallarbeiterschule ein großes Verdienst um die Arbeiterklasse erwerben gegenüber den bisherigen Gewerkschaftsschulen oder -kursen, die nur Schulen des **Reformismus und der Arbeitsgemeinschaft** waren und sind.

Wie Dißmann darlegte, erfolgt die Auswahl der Schüler in der Weise, daß die Bewerbungsschreiben der einzelnen Kollegen über die Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen direkt an die Schule gehen und daß die Leitung der Schule — also nicht die Ortsverwaltung oder Bezirksleitung — auf Grund der Bewerbungsschreiben die endgültige Auswahl trifft. **Wir fordern daher unsere Genossen im DMV. auf, von diesem Recht weitgehendst Gebrauch zu machen.** Es ist gut, wenn möglichst viel revolutionär gesinnte Arbeiter auf die Schule kommen, denn der Charakter einer Schule hängt nicht nur von den Lehrern, sondern auch von den Schülern ab.

Vor der Kapitulation in Genf

Berlin, 15. März.

Im Laufe des Sonntag fanden in Genf weitere Verhandlungen statt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß, wie nicht anders zu erwarten war, eine Kapitulation Luthers und Stresemanns vor Chamberlain und Briand unmittelbar bevorsteht. Die deutsche Delegation wird wahrscheinlich noch im Laufe des Montags eine Erklärung abgeben, demzufolge sie an den Arbeiten eines Ausschusses, der die Ansprüche Polens auf einen ständigen Ratssitz im Völkerbund untersuchen soll, lokal mitarbeiten will. Dieser Ausschuß soll mit Einwilligung der deutschen Delegation klare „Richtlinien" vom Völkerbundsrat mit auf den Weg bekommen, in denen die Erteilung eines Ratssitzes an Polen zwar nicht direkt ausgesprochen, aber stillschweigend enthalten sein soll.

Am Dienstag soll die Vollversammlung des Völkerbundes stattfinden und nach erfolgtem Kompromiß wahrscheinlich auch schon die feierliche Aufnahme Deutschlands in den Bund der Räuber beschließen.

Neue gewaltige Protestbewegung der Winzer

(Eig. Drahtm.) Wiesbaden, 16. März.

Die große Protestbewegung der Winzer ist gestern mit einer Riesenversammlung in Oestrich fortgesetzt worden, zu der aus dem Hauptweingebiet im Rheingau über 5000 Winzer erschienen waren. Die Versammlung fand unter freiem Himmel statt. Die Stimmung war sehr ernst und kam in Telegrammen an den Reichstag und an die politischen Parteien zum Ausdruck, in denen sofortige Erklärung des gesamten Weinbaugebietes als Notstandsgebiet gefordert wurde. Ferner wurde ausdrücklich betont, daß es zum letzten Male sei, daß die Winzer ihre Wünsche so zum Ausdruck bringen, die Geduld der Winzer sei zu Ende.

Schon wieder ein Grubenunglück in Oberschlesien

(TU.) Gleiwitz. Wie die Morgenblätter melden, ereignete sich Sonntagmorgen auf der zur Donnersmarckhütte gehörigen Concordiagrube bei Hindenburg ein neues Grubenunglück. Durch herabstürzende Gesteinsmassen wurden drei Bergleute abgesperrt, die trotz sofort aufgenommener Rettungsversuche bis Montagmorgen 9 Uhr immer noch nicht geborgen werden konnten. Man muß annehmen, daß die Bergleute nur noch als Leichen geborgen werden können. In dem Grubenunglück auf der Karsten-Zentrumsgrube bei Beuthen ist noch zu berichten, daß nach Auskunft der Bergwerksdirektion der letzte vermißte Bergmann bis Montagmorgen immer noch nicht geborgen ist.

Beginn des Matteotti-Prozesses

(TU.) Mailand. Heute begann vor den Geschworenen in Chieti der Prozeß wegen der Ermordung Matteottis. Die Verteidiger haben sich darauf vereinigt, für die gemeinsame Verantwortung der fünf Angeklagten einzutreten. Ferner werden die Verteidiger als den Grund des Verbrechens schwere Herausforderung anführen.

Wie Wilhelm Geschäfte macht

In Amsterdamer Börsenkreisen ist bekannt, daß der Exkaiser im vorigen Jahre, dem Rat seiner holländischen Finanzvertrauensleute folgend, große Summen in niederländisch-indischen Kulturwerten (Rubber-Zucker) angelegt und hierdurch bei der Riesenhausse in diesen Werten enorme Gewinne erzielt hat. Es sei daran erinnert, daß die Niederländisch-Indische Kulturgesellschaft in diesem Jahre z. T. 450, 300, 200 und 125 Prozent Dividende verteilt hat.

Der Hochverrat der Monarchisten

Die Vorbereitungen der Schwarzen Reichswehr zum gewaltsamen Umsturz in den Jahren 1923 bis 1924

(Schluß)

Das Feme-Urteil gegen Seeckt

Schulz durchkreuzt den Plan

Die Vorbereitungen des Aufmarsches dicht an der Grenze Bayerns waren mit dem Herannahen des November beendet. Die Krise Bayern und Reich war im besten Gange. Die Landbundorganisationen erließen ihre Erklärungen, durch die sie sich auf die Seite v. Kahrs stellten. Der Termin zum Losschlagen wurde für Berlin auf den 8. November festgesetzt. **Das Signal sollte die Ermordung des Generals v. Seeckt sein.** Mit dieser Tat war das Vollzugskommando der Feme der Schwarzen Reichswehr unter Oberleutnant Grassunder beauftragt. **Die Fememörder Klapproth, Fahlbusch und Umhofer waren ihm dazu beigegeben.**

Zur Ausführung der Tat sollte abgewartet werden, bis General v. Seeckt das Reichswehrministerium betrat. Dorthin waren zwei Personenkraftwagen bestellt, die an den Ausgängen Bendlerstraße und Königin-Augusta-Straße fahrbereit die Täter erwarteten. Diese selbst hielten sich schon vorher im Gebäude des Reichswehrministeriums auf. Sie sollten sofort nach der Tat bei der entstehenden Verwirrung einen der beiden Ausgänge zu erreichen suchen, vor denen die Autos hielten. **Eine ernsthafte Verfolgung der Täter war aber bei der Einstellung im Reichswehrministerium ohnehin nicht zu erwarten.**

Oberleutnant Schulz war es, der die **Ausführung dieser Tat durchkreuzte.** Er hatte von Ehrhardt nach dem Küstriner Putsch nicht den Befehl über ein Bataillon der Schwarzen Reichswehr bekommen. Er stand abseits, hatte aber von den Beratungen der Berliner Kampfleitung unter Major Günther stets Kenntnis erhalten. Kurz vor dem 8. November sprengte er das Kommando, indem er die herangezogenen Feldwebel gegenseitig eines Verrats bezichtigte. **Klapproth sollte in seinem Auftrag Büsching „umlegen".** Dieser und Fahlbusch flüchteten sich zu Hauptmann Gutknecht. Die Verbände waren bereits in Alarmbereitschaft, aber da die Tat nicht zur Ausführung gelangt war, stockte das Unternehmen.

In derselben Nacht kam die Nachricht, daß Hitler und Ludendorff losgeschlagen hatten. Von Ehrhardt, dem militärischen Leiter, fehlte aber jede Meldung und jeder Befehl. Erst am folgenden Tage, am 9. November, traf von Ehrhardt ein Funkspruch ein, daß alles **„abgeblasen"** sei. Damit war auch dieses groß angelegte hochverräterische Unternehmen gescheitert.

Niederlagenstimmung nach dem Hitler-Ludendorffs-Unternehmen

und Attentatsversuche

Durch die Funkspruchanlage auf der Artilleriekaserne des Majors v. Ondarza in Schwerin kamen die Nachrichten, daß das Unternehmen Hitler-Ludendorff zur lächerlichen Groteske einer „Revolte im Bierkeller" herabsank. Mit der Verhaftung der Minister und dem Aufruf zur Bildung einer Nationalarmee hatte es begonnen. **Der Ausgangspunkt der erwarteten Umwälzung konnte das Unternehmen angesichts der Haltung v. Kahrs, v. Lossows und Ehrhardts nicht werden.** Die gegenseitig erhobenen Beschuldigungen trieben die Bewegung vollends auseinander. Die Idee einer gewaltsamen Erhebung von rechts war ein Schlag schwerster Art.

Immerhin blieb die politische Lage gespannt. Die Reichsregierung arbeitete mit Ausnahmezustand und Ermächtigungsgesetz. **Es mußte etwas geschehen, um erst die Niederlagenstimmung zu überwinden.** Die sich zerreibenden Kräfte sollten vor ein neues, einigendes Erlebnis gestellt werden.

So kam es zu dem Beschluß, ein Aufsehen erregendes politisches Attentat vollbringen zu lassen. Auf Anregung des Oberleutnants v. Borgen alias v. Pannwitz wurde als Opfer der Innenminister Preußens, Severing, ausersehen. Drei Fememörder wurden für diesen Zweck noch im November von Mecklenburg nach Berlin entsandt. B. Wendthausen, der Sekretär des Landbundes, und v. Brandenstein, sein Führer, sowie auch Major v. Ondarza, der Verbindungsmann zu General v. Tschischwitz, waren unterrichtet. Der Landbund stellte Geld zur Verfügung. Die Tat kam nicht zur Ausführung, weil Severing in jener Zeit angeblich wegen einer Erkältung keine Ausfahrten unternahm.

Kurzerhand wurde der Beschluß dahin abgeändert, den **Reichspräsidenten Ebert zu erschießen.** Zwei Personenkraftwagen waren dazu erforderlich und erhebliche Mittel zu einer Durchführung dieses Attentatsplanes. Inzwischen tauchten Bedenken auf, welcher politische Erfolg von der Tat zu erwarten sei. Das in Berlin bereits tätige Kommando stellte daraufhin seine Vorbereitungen ein.

Als dann am 16. Dezember 1923 in München die große Besprechung der Ehrhardt-Verbände stattfand, stellte sich heraus, daß die Umstellung des Vorgehens auf längere Sicht unter Bereithaltung aller Machtmittel überwiegend befürwortet wurde. Die politische Geschichte der folgenden Jahre hat gezeigt, daß diese Auffassung durchgedrungen ist.

*

Soweit die der Denkschrift entnommenen Abschnitte. Durch das darin enthaltene Tatsachenmaterial ist zur Genüge dargelegt, daß es wirklich nur von einem Faden abhing, daß das allgemeine Loschlagen der Mordbanden erfolgt wäre. Der hauptsächlich von außenpolitischen Gesichtspunkten diktierte Widerstand v. Seeckts war schwach genug, und hätte leicht überrannt werden können. Wie beim Kapp-Putsch hätte es dann wieder nur von der Gegenwehr der Arbeiter abgehangen, ob die blutige monarchistische Diktatur hätte aufgerichtet werden können oder nicht. Wie die Mordbanden gehaust hätten, das beweisen die Anweisungen, nach denen sogar Ebert, Severing und Stresemann sofort erschossen werden sollten. Die Arbeiterschaft besand sich also in politischer Notwehr, wenn sie sich gegen die monarchistischen Mordbanden rüstete und entdeckte Waffenlager dieser Banditen ausbob.

Von ungeheurer Tragweite ist der geführte Nachweis, daß nach dem Mißlingen des ersten Planes im Oktober 1923 die Schwarze Reichswehr wie die übrigen monarchistischen Formationen zu einem neuen konterrevolutionären Aufstand rüsteten. Die von Hindenburg erlassene Amnestie ist nicht ausgedehnt worden auf Handlungen, die nach dem Oktober 1923 erfolgten, und zwar unter der Begründung, daß nach dem Oktober 1923 keinerlei Putschgefahr von rechts her mehr bestanden hätte und daß deshalb den angeklagten Arbeitern nicht der gute Glaube zugebilligt werden könnte, daß sie zur Abwehr der monarchistischen Hochverräter gerüstet hätten. In Wirklichkeit bestand diese Gefahr; gerade nach dem Oktober 1923 begann die zweite ausgesprochen hochverräterische Aktion der Monarchisten. Der Reichsanwaltschaft war diese Tatsache bekannt. Sie hat nicht nur die hochverräterischen Vorbereitungen der Monarchisten dadurch begünstigt, daß sie gegen keinen der Putschisten-Führer Anklage erhob, sondern sie hat wider besseres Wissen vor dem Staatsgerichtshof die monarchistische Umsturzgefahr geleugnet und so viele Arbeiter ins Zuchthaus gebracht, die bereit waren, unter Einsatz ihres Lebens gegen die monarchistischen Hochverräter zu kämpfen.

Nachdem nun die wahren Tatsachen ans Licht gekommen sind, läßt sich die Aufhebung der politischen Zuchthausurteile nicht mehr verweigern. Alle politischen Zuchthausurteile seit 1921 (Max Hoelz) müssen aufgehoben werden und die **Vollamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen muß erzwungen werden.** In diesem Kampf wird die gesamte werktätige Bevölkerung auf seiten der Kommunisten sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260316-17/fragment/page=0008

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. **Bezugspreis:** frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. **Verlag und Druck:** Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, den 16. März 1926 | 6. Jahrgang ★ Nr. 63

Der letzte – der wuchtigste Schlag!

Ihr Säumigen, nur noch heut und morgen Zeit!

Wie zu erwarten war, haben in den letzten Tagen die Arbeiterbataillone die Versäumnisse der ersten Tage, an denen sich zumeist der Mittelstand an den Eintragungen für das Volksbegehren beteiligt hat, nachgeholt. Die meisten Orte melden bereits **ein Uebersteigen der bisherigen SPD.- und KPD.-Stimmen um ein Beträchtliches.** So hat z. B. Halle gestern 41 000 Eintragungen erreicht. Das sind bereits **über 3000 mehr Stimmen, als SPD.- und KPD. zusammen in Halle bei den verflossenen Wahlen aufgebracht** haben.

Auch in allen übrigen Städten scheint der gestrige Montag noch beträchtliche Zahlen von Eintragungen gebracht zu haben, so daß augenblicklich sich **die Gesamtzahl im Reich der zehnten Million nähert.**

Aber auch mit diesen Erfolgen in den letzten Tagen dürfen wir uns noch nicht zufrieden geben. Wenn es unzählige, besonders kleinere ländliche Orte gibt, wo Eintragungen **bis zu 80 und 90 Prozent aller Wahlberechtigten zu verzeichnen** sind, so muß es durchweg möglich sein, **erst recht in allen größeren Städten mindestens 50 Prozent aller Stimmberechtigten zu überschreiten.**

Darum gilt für den heutigen Dienstag und für den morgigen Mittwoch, dem letzten Tag des Volksbegehrens, die Parole der allerletzten und äußersten Kraftanstrengung, um nun auch wirklich **die immer nach Säumigen aus der Arbeiterklasse restlos in die Einzeichnungslokale zu bringen.** Das Volksbegehren muß mit einem so gewaltigen Erfolge abschließen, daß die allergünstigsten Vorbedingungen zu dem zweiten und schwereren Waffengang, nämlich zum Volksentscheid, gegeben sind. Letzter Mahnruf an alle Säumigen:

Deine Stimme fehlt noch, sofort einzeichnen!

Sparer und Rentner, auf zum Volksbegehren!

Der Tag der **Vergeltung** ist gekommen! Noch einmal ist eine Waffe in Eure Hand gegeben, Euer trauriges Los um ein Geringes zu bessern und den geschändeten Rechtsgedanken wieder zur Geltung zu bringen. **„Gleiches Recht für alle"** verbürgt Euch die Verfassung des sogenannten deutschen Rechtsstaats. Darum erhalten die treuesten Staatsbürger, die — Hindenburg als „schönstes Geburtstagsgeschenk" — Kriegsanleihe gezeichnet haben, durch das Hindenburg-Gesetz 2½ Prozent „Aufwertung", darum darben Invaliden der Arbeit und des Krieges bei Verpflegungssätzen von Polizeihunden, während

Hunderte von Millionen in die Hände einiger Dutzend Fürsten, Mätressen und Standesherren

übergehen sollen, die wahrlich von den Schrecknissen und Entbehrungen des **Völkermordens nicht am härtesten** betroffen sind.

Alles, was diese Edlen beanspruchen, ist ihnen zugefallen auf Grund von Rechtsvorschriften, die einer anderen Gesellschaftsordnung angepaßt waren und mit der Aenderung der Staatsform ihre Berechtigung verloren haben. Wer wagt hier von „Enteignung" oder gar von „Diebstahl" (!), ja von „Raub" (!!) zu sprechen, wenn

„Das Volk begehrt, was ihm gebührt?"

Das waren ausgerechnet diejenigen Parteien, die **das Recht der sparsamen und arbeitenden Bevölkerung mit Füßen getreten** und die große Masse des Volkes zugunsten des Großkapitals enteignet haben. Sie, die sich so schwer am Rechtsbewußtsein des Volkes versündigt haben, spielen sich heute als die berufenen Hüter der Rechtsordnung auf und stellen sich schützend vor die vermeintlichen Rechtsansprüche der Fürsten — fürwahr ein Schauspiel von eigenem Reiz! Und mit welchen Mitteln versuchen diese Parteien, die sich plötzlich auf die „Heiligkeit des Rechts" (Marke Osterbotschaft) besinnen, das sich aufbäumende gesunde Rechtsempfinden des Volkes zu mißleiten? Da heißt es: Die Einziehung der Fürstenvermögen sei der erste Schritt auf der Bahn der allgemeinen Enteignung des Privatbesitzes. Welch trugvoller Hohn!

Haben nicht den ersten Schritt auf dieser Bahn die angeblich bürgerlichen — in Wahrheit großkapitalistischen — Parteien, an der Spitze die sogenannte Deutschnationale Volkspartei, getan, als sie das ehrlich erarbeitete Sparkapital durch den unerhörten Rechtsbruch der Aufwertungsgesetzgebung abdrosselten?

Widerliche Heuchelei verbirgt sich unter der Maske der Gerechtigkeit. Nicht Mannentreue zum angestammten Herrscherhaus ist es, die diese Kämpen des Rechts auf den Plan ruft, sondern die

schlotternde Angst um den eigenen Geldsack,

die Schlotbarone und Krautjunker erfüllt. Sie fürchten, daß nach den Fürsten die Reihe an sie kommt ... Götzendämmerung?!

„Auftakt zur zweiten Revolution!" Mit diesem Schlagwort sollen die betrogenen Massen der Sparer und Rentner abermals vor den Wagen des Großkapitals gespannt werden.

Sparer und Rentner, für Euch hat eine zweite Revolution keine Schrecken!

Mögen die Fürstenparteien die Früchte ihrer Aufwertungssaat ernten!

Sparer und Rentner, wacht auf, macht Euch nicht abermals zum Gespött der Welt, wie am 7. Dezember 1924, als Ihr auf Geheiß verblendeter Führer Eure nationalkapitalistischen Henker wähltet.

Rechnet ab mit denen, die sich in schamloser Weise **wider alles Recht an Euch bereicherten** und nun als Streitgenossen der Fürsten um ihre unrechtmäßigen Gewinne zittern!

Sparer und Rentner, führt zum ersten Male kraftvoll und bewußt den Dolchstoß gegen das falsche Recht:

Wahrt Eure Würde im Volksbegehr!

Kultur- und Rechtsstaats-Partei
(Ehem. Aufwertungs- und Aufbau-Partei.)

*

Wir haben den vorstehenden Aufruf der Aufbau- und Rechtsstaatspartei, der uns von dem Rechtsanwalt Wüst, Halle, dem Führer dieser Partei, zugesandt wurde, ohne jede Aenderung abgedruckt. Wir möchten aber nicht versäumen, an dieser Stelle besonders zu betonen, daß die Feststellungen des Aufrufes, daß die großkapitalistischen Parteien bis heute die Mittelständler, und insbesondere die kleinen Sparer und Rentner, betrogen und sie nur ausgenutzt haben für die kapitalistischen Interessen der Krautjunker und Schlotbarone, ihre **bestimmten Konsequenzen haben, die gezogen werden müssen, wenn nicht die richtigen Feststellungen des Aufrufes zwecklos bleiben sollen.**

Die breiten Schichten der Mittelständler, die vielen, von den Deutschnationalen betrogenen Sparer und Rentner, sie müssen jetzt erkennen, daß gewisse völkische Manieren selbst des Herrn Rechtsanwalts Wüst, die manchmal stark ins Faschistische hinüberspielen, ja doch gerade jene Hilfsmittel sind, die von den großkapitalistischen Parteien benutzt werden, um **durch einen falschen Patriotismus immer wieder die Mittelständler vor den Karren der Großbourgeoisie zu spannen.**

Die logische Folge des oben wiedergegebenen Aufrufes kann nur die sein, daß alle die betrogenen Sparer und Rentner, alle die Kleingewerbetreibenden, die kleinen Bauern, die unteren Beamtenschichten usw., daß sie alle **der bürgerlichen Presse und den bürgerlichen Parteien den Laufpaß geben** und jetzt noch mehr als bisher **den Anschluß an die proletarische Front der Arbeitermassen suchen.** Die siegreiche proletarische Klassenfront allein wird auch das Los der ins Proletariat hinabgeschleuderten Mittelständler lindern

...nen gegen den ...sten!

... März. In diesen ... Sieg des Volks- ... Fürstenknechte be- ... zu verstärken und ...nzeichnung fernzu- ... Beschlagnahme der ... der Fürsten nicht ...gungslose Enteig-

...roten Klassenfront, ... aus dem Reich ... K a m p f e ge- ...ds haben Kommu- ...mpfer mit Reichs- ...strationen, in ge- ...r die Einzeichnung

...ung an die roten ...ung in den letzten ...sieren, appellieren ...eraden im Reichs- ... Kameraden der roten Klassenfront, gemeinsam für die gemeinsame Sache auch d e n l e t z t e n S ä u m i g e n f ü r d i e E i n z e i c h n u n g h e r a n z u h o l e n.

Die Millionen am 17. März müssen allen Reaktionären Beweis dafür sein, daß a n d e r E i n h e i t l i c h k e i t u n d G e s c h l o s s e n h e i t d e r A r b e i t e r k l a s s e a l l e m o n a r c h i s t i s c h e n, r e a k t i o n ä r e n A n g r i f f e z e r s c h e l l e n w e r d e n.

Mit Rot Front!

Bundesleitung des RFB.
T h ä l m a n n. L e o w. O l b r i s c h.

Nach den jetzt vorliegenden Meldungen müssen wir ernsthaft die Befürchtung aussprechen, daß der Prolet unsern schönen Apparat „Haut den Lukas" vollkommen in Trümmern schlagen wird. Gestern wurde in Halle wiederum ein so gewaltiger Schlag geführt, daß

41 000 Einzeichnungen bereits überschritten

sind. Damit beteiligten sich also jetzt schon 3000 Personen mehr am Volksbegehren, als bei der Reichspräsidentenwahl an KPD.- und SPD.-Stimmen aufgebracht wurden.

Die hallische „Allgemeine Zeitung" hat auf ihr gestriges höhnisches Gestammel über die angeblichen Enttäuschungen beim Volksbegehren die richtige Antwort erhalten.

Wir haben jedoch keine Angst, wenn unser „Haut den Lukas" bei den kräftigen Streichen der Arbeiterschaft kaputt geht. Obwohl nur noch ein Tag für die Einzeichnung zur Verfügung steht, ist zur Vorsicht schon e i n n e u e r „H a u t d e n L u k a s" i n A u f t r a g g e g e b e n, wir hoffen, daß wir ihn noch in Tätigkeit setzen können.

Arbeiter, holt noch einmal kräftig aus! Mindestens 50 000 müssen voll werden!

Rot Front zum letzten Meisterschlag!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260316-17/fragment/page=0009